

629.995

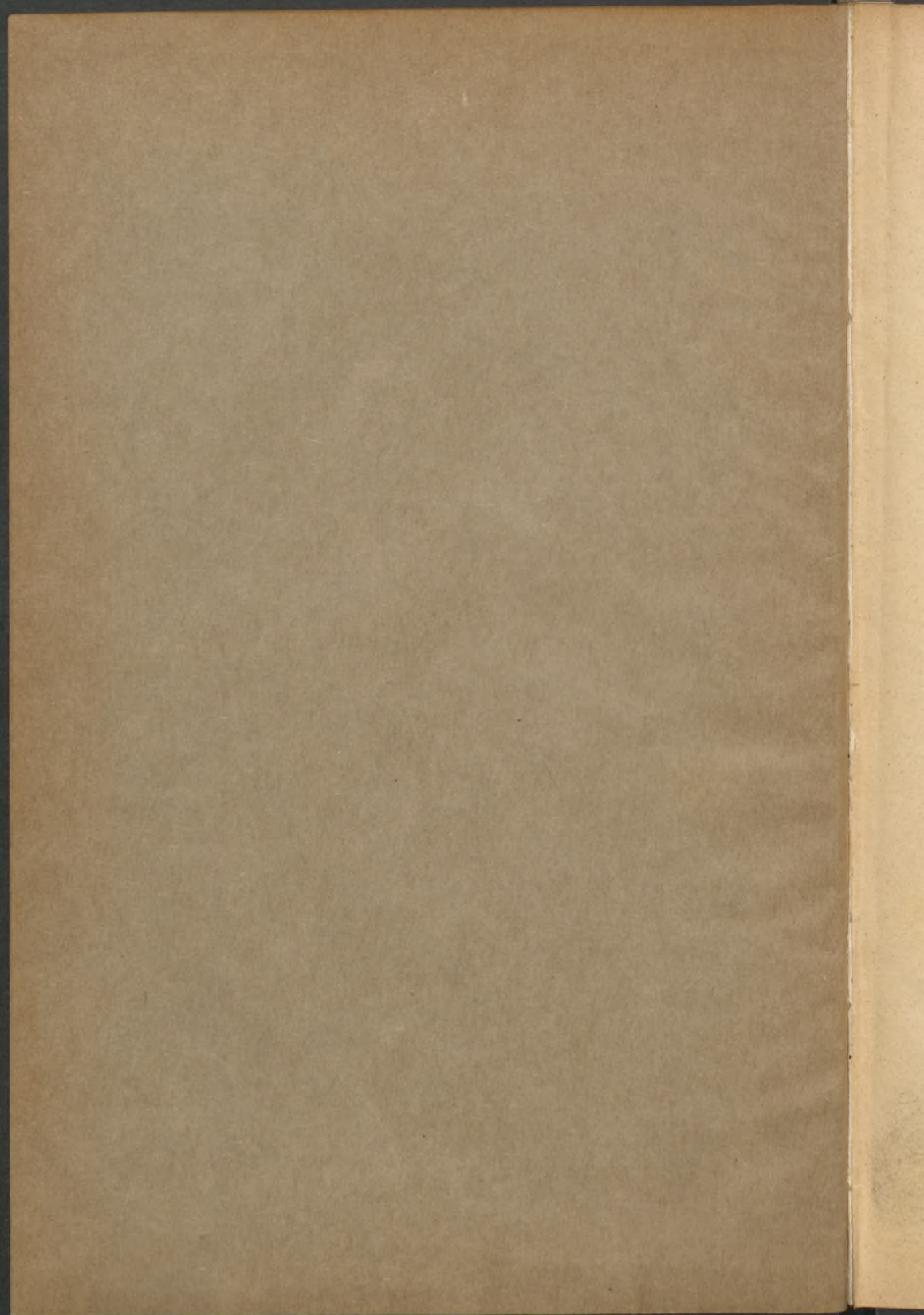






0524







Die Pfarrerwahl in der evangelischen Kirche  
in Ungarn.

Von

Dr. Karl Mikler.

Dekan der Rechtsakademie in Eperjes (Ungarn).

---

Separat-Abdruck

aus der

Deutschen Zeitschrift für Kirchenrecht.

---

XVII. Band — 1. u. 2. Heft.



TÜBINGEN

VERLAG VON J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK)

———— *Nicht im Buchhandel.* ————



# Die geltenden Verfassungsgesetze der evangelischen deutschen Landeskirchen.

Herausgegeben und geschichtlich eingeleitet  
von

**Dr. Emil Friedberg,**

Geheimem Räte und ord. Professor der Rechte in Leipzig.

Lex. 8. 1885. M. 28.—

Ergänzungsband I.	1888.	M. 8.—.
— " —	II. 1.	1889. M. 4.—.
— " —	II. 2.	1890. M. 4.—.
— " —	III.	1892. M. 12.—.
— " —	IV.	(Aus der Deutschen
Zeitschrift für Kirchenrecht.)	1904.	M. 28.—.

Weitere Werke von

**Professor Dr. Emil Friedberg**

aus demselben Verlage:

Sammlung der Aktenstücke zum ersten vatikanischen Concil  
mit einem Grundriss der Geschichte desselben. Ergänzungs-  
band zur Zeitschrift für Kirchenrecht. 8. 1872.  
(XIII. 954 S.) M. 16.—.

Aktenstücke, die altkatholische Bewegung betreffend, mit einem  
Grundriss der Geschichte derselben. Zugleich als Fortsetzung  
und Ergänzung der „Sammlung der Aktenstücke zum ersten  
vatikanischen Concil“. Aus der Zeitschrift für Kirchen-  
recht. 8. 1876. (X. 534 S.) M. 10.—.

Die Grenzen zwischen Staat und Kirche und die Garantien gegen  
deren Verletzung. Historisch-dogmatische Studie mit Berück-  
sichtigung der deutschen und ausserdeutschen Gesetzgebungen  
und einem Anhang theils ungedruckter Aktenstücke. In 3 Ab-  
theilungen. 8. 1872. (XII. IV. 944 S.) Erste und zweite Ab-  
theilung à M. 6.—, dritte Abtheilung M. 3.—.

## Staat und Kirche.

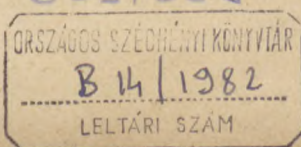
Von

**Dr. Paul Hinschius,**

Geh. Justizrat und Professor an der Universität Berlin.

Lex. 8. 1883. M. 5.—.

(Aus „Handbuch des Oeffentlichen Rechts“.)





## I.

## Einleitung.

Die heutige reiche, insbesondere deutsche Literatur des Kirchenrechts umfasst, mit Ausnahme der Verfassung, der Organisation und der Rechtsinstitutionen der ungarischen evangelischen Kirche, das Rechtsleben der evangelischen Kirchen sämtlicher europäischen Staaten. Seitdem die lateinische Sprache aufgehört hat die gemeinsame Literatursprache der europäischen Kulturvölker zu sein, bilden die Produkte der ungarländischen evangelischen kirchenrechtlichen Literatur in der deutschen wissenschaftlichen Literatur nicht mehr den Gegenstand von Bearbeitungen und Besprechungen. Wir müssen dies mit Bedauern wahrnehmen nicht nur darum, weil das Rechtsleben der ungarischen evangelischen Kirche auf diese Weise von den westeuropäischen Glaubensgenossen isoliert abfließt, sondern auch darum, weil einerseits die Verfassung der ungarländischen evangelischen Kirche, unserer Ansicht nach das verwirklichte Ideal ist, welches den grossen Reformatoren vorschwebte, in Deutschland aber haupt-



sächlich wegen der rechtlichen Natur der fürstlichen Macht im 16. Jahrhundert nicht ins Leben treten konnte; andererseits die Verfassung der ungarischen evangelischen Kirche zwischen allen Schattierungen der synodisch-presbyterialen Kirchenverfassungen, unseres Erachtens nach, den entsprechendsten Mittelweg einschlägt.

Wir erachten es also notwendig, gerade heutzutage, da sich mit den Reformfragen der Verfassung und Organisation der evangelischen Kirche auch die westeuropäischen Glaubensgenossen lebhaft beschäftigen, die wichtigeren Rechtsinstitutionen der ungarischen evangelischen Kirche in zugänglicherer Sprache bekannt zu machen, — jene Rechtsinstitutionen, in welchen sich die eigenartige, von dem ungarischen Genius durchdrungene Verfassung unserer Kirche am treuesten abspiegelt.

In der nachstehenden Artikel-Serie will ich die Frage der Pfarrerwahl behandeln, welche in der letzteren Zeit, — obgleich auf Grund universaler Prinzipien und in universaler Richtung — jedoch seitens jedes ungarischen evangelischen Kirchendistriktes separat und selbständig neuere Regelung erhielt. Es ist wohl fraglich, ob der derart entstandene Partikularismus mit Hinsicht auf die spezifischen Lokalverhältnisse der einzelnen Distrikte begründet ist, oder nicht? Diese Frage will ich einer besonderen Kritik unterziehen, auch die anderen Rechtsinstitutionen unserer Kirche berücksichtigen.

Bevor ich aber auf die Besprechung der die Pfarrerwahl betreffenden Rechtsnormen übergehe, halte ich es für geboten zur Orientierung des ausländischen Lesers, mit wenigen Worten die Grundsätze unserer Kirchenverfassung und die Organisation der ungarisch-evangelischen Gesamtkirche in den Hauptzügen darzustellen.

Die Verfassung der ungarischen evangelischen Kirche war von jeher an von synodisch-presbyterialem Geiste durchdrungen. Die synodisch-presbyterische Verfassungstheorie aber war im Anfang und gewissermassen auch bis zur neuesten Zeit gezwungen ihr widerstrebende staatsrechtliche Institutionen und mit ihr un-



vereinbare kirchlich-soziale Bestrebungen zu bekämpfen. Die Verhältnisse der Stände, der Umstand, dass die Hörigen bis 1848 dem Grundherrn als Behörde unterstanden, hinderten Jahrhunderte lang das Zurgeltungskommen jenes Grundsatzes der Prinzipien der synodisch-presbyterischen Verfassung, wonach das Subjekt der kirchlichen Macht die Versammlung (Kirchengemeinde) ist; ja es gab sogar eine Zeit, da die staatliche Gesetzgebung und die zentrale Vollstreckungsmacht das territoriale Prinzip begünstigten und die Entwicklung unserer Kirchenverfassung in diese Richtung zu drängen bestrebt waren. Dies war die Epoche der ungarischen Gegenreformation, in welcher hauptsächlich zur Zeit Leopold I. und Karl III. (als deutscher Kaiser der VI.) selbst die freie Ausübung der Religion lediglich ohne Verletzung der grundherrlichen Rechte gestattet war. Wenn das Geltendwerden der die Leibeigenen niederhaltenden grundherrlichen Macht sogar auf das Gebiet der Gewissensfreiheit übertragen wurde, um wie viel eher konnte die grundherrliche Macht in foro externo, in der äusseren Kirchenverwaltung dominieren.

Es ist wohl wahr, dass unsere evangelischen Magnaten und Adeligen ihre grundherrlichen Rechte gemeiniglich nicht so sehr als Kuriarchen, sondern eher als Mäcenen und als Patronen gegenüber den aus ihren Leibeigenen bestehenden Kirchengemeinden ausübten, ja sogar die Verwaltung der Kirche in den meisten Ortschaften der autonomen Körperschaft der Gläubigen überliessen und trotzdem müssen wir die mit der Grundidee der Versammlung unvereinbare und trotzdem Jahrhunderte hindurch bestandene Herrschaft der Patronatsrechte und den in vielen Orten eine hierarchische Färbung aufweisenden Kirchengemeinde-Verwaltung natürlich finden. Dieses sich sehr weit erstreckende Adels-, ja sogar in den königlichen Freistädten Munizipal-Patronat sprach auch bei der Pfarrerswahl mit, indem häufig der Patron selbst den Pfarrer der Kirchengemeinde ernannte. Die Aufhebung der ständischen Verfassung, die im Jahre 1848 er-



folgte Befreiung der Hörigkeit war vom berührten Gesichtspunkte auch in der Geschichte der ungarischen evangelischen Kirchenverfassung ein epochemachendes Ereignis. Der Versammlungs-Grundsatz konnte — mit der Eliminierung des Rechtsinstituts des Patronats — nur von da an in vollem Masse zur Geltung kommen. Die völlige Entwicklung der synodisch-presbyterischen Kirchenverfassung konnte auch aus einem anderen Grunde nicht auf kurzem Wege eintreten, obgleich die seitens der Staatsgewalt gar häufig erfolgte Negation unseres Glaubens und der freien Ausübung derselben die Aufmerksamkeit unserer Ahnen ständig auf die synodisch-presbyterische Kirchenverfassung, als die richtigste Form unter den gegebenen schwierigen Verhältnissen hingelenkt hatte. Die Staatsgewalt verfolgte uns nämlich infolge der stetigen Aneiferung Roms und der Jesuiten. Demzufolge stand es im Interesse der Kirchengemeinden sich in einer grösseren, mit der Zeit das ganze Land umfassenden Organisation zu vereinigen und hiemit ihre Widerstandskraft zu steigern. Unsere Ahnen erkannten dies schon im 16. Jahrhundert, als sich die, auf dem Gebiete einzelner Komitate bestehenden Kirchengemeinde, — meistens unter dem Schutze des Komitates als öffentlicher Behörde, — in einer höheren Organisation vereinigten, und sich Fraternität, Seniorität, Contubernium etc. nannten. Dies war jedoch nur der Anfang. Wie nämlich der ungarische Reichstag im Jahre 1608 den Wiener Friedensschluss auf Gesetzeskraft erhob, und hiedurch die Autorität der souveränen ungarischen Staatsgewalt, die ungarländischen Evangelischen der Obrigkeit der römisch-katholischen Bischöfe entzog und zur Wahl eigener Kirchenbeamten und sogar Superintendenten berechnete, nahm alsbald die Weiterentwicklung unserer Kirchenverfassung in synodisch-presbyterischem Geiste ihren Beginn.

Die im Jahre 1610 stattgefundene Sileiner Synode schuf drei, alsdann die im Jahre 1614 stattgefundene Kirchdraufer (Szepes-Váralja) Synode aus bereits organisierten Fraternitäten neuere zwei Superintendenzen, und somit gestaltete sich das



dritte Glied unserer Kirchenorganisation: der heutige Kirchen-  
 distrikt auch aus.

Die synodisch-presbyterische Verfassung fordert jedoch, ausser der Anwendung des presbyterischen Prinzips, dass die auf dem Gebiete des Staates unter identischen Lebensbedingungen befindlichen und von den gleichen geschichtlichen Traditionen durchdrungenen Gläubigen in der Leitung ihres kirchlichen Lebens ein organisches Ganze bilden sollen. Es musste sich also auch zwischen den Superintendenten ein Band finden, was im 18. Jahrhundert, zur Zeit des Herrschens Maria Theresias infolge des stätigen Vordringens des kirchenverwaltungsbehördlichen Charakters der Generalkirchenversammlungen tatsächlich eintrat, und im Jahre 1774 seine Kulmination fand, indem Maria Theresia den Generalkonvent der Evangelischen (oder wie es dazumal hiess, die „congregatio generalis“) und hiemit die Kirchengesamtheit als seit damals höchste autonome Landesbehörde der ungarländischen Evangelischen im Namen der ungarischen Staatsgewalt anerkannte. Bald hierauf — im Jahre 1791 fand auch die erste ungarische evangelische Universalsynode statt, welcher hundert Jahre später im Jahre 1891 die Schöpferin der heutigen Kirchenverfassung, — die Budapester Universalsynode folgte. Hiemit ist die geschichtliche Entwicklung der ungarischen synodisch-presbyterischen evangelischen Kirchenverfassung bei ihrem Endpunkte anbelangt, und nachdem der presbyterische Grundsatz schon von Beginn an Anwendung fand, war nunmehr bloss eines von Nöten, nämlich dass auch die mit dem erwähnten verwandten Rechtsgrundsätze in der Verfassung und Verwaltung unserer Kirche auf der ganzen Linie mittels satzungsmässiger geschriebener Rechtsnormen genau festgestellt werden.

Die Grundrisse der heutigen Verfassung und Organisation der ungarischen evangelischen Kirche können wir in folgendem zusammenfassen:

Die Verfassungsform ist die synodisch-presbyterische, weil einerseits die ungarländischen evangelischen Kirchengemeinden



sowohl vom gesetzgeberischen, wie vom verwaltungsrechtlichen Gesichtspunkte, — und zwar von dem letzteren durch die Vermittelung stufenweiser Instanzen — einen einheitlichen Landes-Organismus bilden, andererseits, das von den Auserwählten gebildete Presbyterium in der Versammlung einen ausgedehnten begutachtenden und vorbereitenden Wirkungskreis hat. Das höchste Organ der Gesetzgebung ist die Landesgeneralsynode, während die Verwaltung in höchster Instanz von dem alljährlich gewöhnlich einmal einberufenen Generalkonvent versehen wird. Das Presbyterialprinzip absorbiert das Versammlungsprinzip in der ungarischen evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession nicht dermassen, wie in der evang. reform. Kirche. In der evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession wird nämlich die autonome Verwaltung der Gemeinde von der Gemeindeversammlung versehen, welche aus sämtlichen selbständigen, zu den Lasten der Kirchengemeinde beisteuernden Mitgliedern derselben besteht. Das Presbyterium erscheint bloss als vorbereitendes und begutachtendes Organ der Versammlung.

Ausnahmsweise können solche Kirchengemeinden, welche mehr als 300 Versammlungsmitglieder haben, im Sinne des § 48 der KV. einen Repräsentantenausschuss bilden, welcher, mit Ausnahme der der Versammlung vorbehaltenen Pfarrerwahl und der Wahl des Repräsentantenkollegiums, in die Rechte der Versammlung tritt, und deren sämtliche Agenden versieht. Solche grössere Kirchengemeinden können — doch stets nur mittels von der oberen Behörde genehmigten Statuts — mit ähnlichem Wirkungskreise auch das Presbyterium ausstatten, kurz, in der Verwaltung der ungarischen evangelischen Kirche vermag das Presbyterprinzip meritorisch nur in den grossen Kirchengemeinden durchzudringen.

Im Vorstehenden habe ich, meines Erachtens, den synodisch-presbyterischen Charakter der ungarischen evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession in kurzen Zügen zur Genüge hervortreten lassen. Ich beschränke mich nur noch auf dessen Betonung,



dass die siebenbürgischen sächsischen evangelischen Kirchengemeinden Augsburgischer Konfession eine besondere Landeskirche bilden, also der Obrigkeit der ungarländischen evangelischen Gesamtkirche Augsburgischer Konfession nicht untergeordnet sind. Die in den annektierten Ländern der ungarischen Krone, in Kroatien, Slavonien und Dalmatien bestehenden evangelischen Kirchengemeinden Augsburgischer Konfession hingegen sind der Behörde der evangelischen Gesamtkirche untergeordnet.

Der ungarischen evangelischen Kirche steht eine in Dogmen, staatlichen Gesetzen und in einer Jahrhunderte alten Praxis wurzelnde Autonomie zu, wobei dem ungarischen König das ebenfalls in staatlichen Gesetzen umschriebene höchste Aufsichtsrecht vorbehalten ist. Das letztere kommt in der kirchlichen Gesetzgebung derart zur Geltung, dass auf Grund des Gesetz Art. XXVI vom Jahre 1791 eine Synode nur nach vorheriger Bewilligung des Königs stattfinden kann, und dass derselbe zur Synode einen Kommissar entsenden kann; das gegenüber der Verwaltung dem König zustehende oberste Aufsichtsrecht wird derart ausgeübt, dass das Protokoll des Generalkonvents, als höchste Verwaltungsbehörde, der königlich ungarischen Regierung zu unterbreiten ist. Das höchste Aufsichtsrecht über die dem Körper der Kirche angehörenden Schulen übt der königlich ungarische Minister für Kultus und Unterricht im Sinne besonderer staatlicher Gesetze aus.

Demgegenüber nimmt die ungarische evangelische Kirche einerseits die materielle Unterstützung des Staats, andererseits — zur Eintreibung kirchlicher- und Schulforderungen, ferner zur zwangsweisen Vollstreckung rechtskräftiger Kirchenbeschlüsse — die Rechtshilfe des Staates in Anspruch. Zur Sicherstellung alldessen dienen: Ges. Art. XX 1848, G. A. XXX 1883. (Ueber die Unterstützung der Mittelschulen), G. A. XXVI 1893. (Ueber die Gehaltsergänzung der Volksschullehrer), G. A. XIV 1898. (Ergänzung der Pfarrgehälter, Congrua), ferner die alljährlichen staatlichen Budgetgesetze und schliesslich die §§ 4, 6—8. Der



von dem König sanktionierten Kirchenverfassung.

Das Grundprinzip der Verfassung der autonomen ungarischen evangelischen Kirche besteht darin, dass alle Macht ihre Wurzeln in der Kirchengemeinde hat. (§ 11 K. V.) Die Verwaltungsbehörde der Kirchengemeinde ist die Gemeindeversammlung. Mitglieder derselben sind die Beamten der Kirchengemeinde, ferner die die Lasten der Kirche tragenden volljährigen oder selbständigen männlichen Kirchenglieder. Selbständige oder in gemischter Ehe lebende Frauen können sich, wenn sie zur Erhaltung der Kirchengemeinde beisteuern in der Versammlung durch jedes männliche Mitglied der Kirchengemeinde vertreten lassen und wirken hiedurch mit ihrer Stimme auch in die Pfarrerwahl ein. Die Kirchengemeinden sind den synodisch-presbyterischen Grundsätzen entsprechend in die Seniorate, die Seniorate in die Kirchendistrikte eingeteilt. Auf dem Gebiete des ungarischen Staates und im Verbande der ungarischen evangelischen Gesamtkirche befinden sich 673 Muttergemeinden bzw. Missionskreise, 39 Seniorate und 4 Kirchendistrikte (Superintendenzen). Die Kirchendistrikte bilden die Gesamtkirche mit 1 085 603 Mitgliedern. Demgemäss ist die Verwaltung der ungarischen evangelischen Kirche zu vier Teilen gegliedert. Jede Verwaltungsbehörde ist unmittelbar der nächsten höheren Behörde und durch die Vermittelung der letzteren den noch höheren und den höchsten Behörden der Kirchenverwaltung untergeordnet. Das höchste verfügende Organ bei den viergliedrigen Verwaltungsbehörden ist die Versammlung. Es gibt also Gemeinde-, Seniorats-, Distrikts- und Generalversammlungen. Bei sämtlichen ist — wie bei der die Gesetze schaffenden Synode — den geistlichen und weltlichen Elementen ein gleicher Einfluss gesichert. Ihre Organisation baut sich also auf diesem Grundsatz auf. Die höheren kirchlichen Verwaltungsbehörden und zwar die Seniorats-, Distrikts- und Generalversammlungen bestehen teilweise aus von Amts wegen teilnehmenden Mitgliedern, teilweise aus den erwählten Vertretern der Versammlungen. Der ihnen unmittel-



bar unterstehenden Verwaltungsbehörden und schliesslich aus den Vertretern der Institute. Auch die Mitglieder der Synode werden senioratsweise von den Kirchengemeinden gewählt. Sowohl die höheren Verwaltungsbehörden, wie auch die gewählten Synodalvertreter werden auf Grund der ordentlichen Pfarren, und nicht der Seelenzahl gewählt.

All dies beweist, dass in der Synode ebenso, wie auf jeder Stufe der Verwaltung mittelbar tatsächlich der Wille der Kirchengemeinden, ja sogar der Kirchenmitglieder zum Ausdruck gelangt. Das Prinzip, wonach jede Macht der Versammlung entspringt, steht also mit den Anforderungen der synodisch-presbyterischen Verfassung und mit der auch durch Zweckmässigkeitsrücksichten wohlbegründeten Landesorganisation in vollkommenem Einklange; andererseits ist die gar leicht zu einem Versammlungs-Independentismus führende Entartung des erwähnten Grundprinzips ausgeschlossen.

Die von der in den Jahren 1891—1894 stattgefundenen Synode geschaffene und von dem König am 18. März 1893 sanktionierte Kirchenverfassung berechtigt im § 16. Die Behörden der viergliedrigen Autonomie, unter Beachtung der Verfügungen der Kirchenverfassung und der Statuten der höheren autonomen Behörden, nebst Genehmigung der nächsten höheren Behörde besondere Statuten zu errichten. Zur Schaffung gewisser Statuten verpflichtete sogar die Synode die zuständigen autonomen Behörden. Auf dieser Grundlage schuf in der unmittelbaren Vergangenheit jedes der vier Kirchendistrikte sein separates Pfarrerwahlstatut, da die §§ 62—72 der KV. in dieser Frage bloss die fundamentalen Prinzipien enthalten, ohne sich jedoch in die Einzelheiten einzulassen.

Auf Grund dieser Statuten soll nun die Pfarrerwahl in der ungarischen evangelischen Kirche geschildert werden.

#### Von dem Pfarramte im allgemeinen.

Ein in der Muttergemeinde und im Missionskreise ständig



aufrechterhaltenes selbständiges Pfarramt wird „ordentliches Pfarramt“ genannt<sup>1</sup>. Die dogmatische und rechtliche Natur des Pfarramtes kann in der evang. Kirche nur von dem aus dem reinen Evangelium entnehmbaren Prinzipie des allgemeinen Priestertums<sup>2</sup> und von der die kirchliche Gewalt betreffenden Lehre unserer Glaubensbekenntnisse abgeleitet werden. Auf dieser Grundlage stehend konnte auch Dr. Martin Luther mit der Kraft der Wahrheit verkünden, dass neben dem allgemeinen Priestertum auch das öffentliche Pfarramt eine Daseinsberechtigung hat, welches die Lehre Christi öffentlich handhabt, und welches „kein Priestertum an und für sich, sondern ein öffentliches Amt für solche ist, die alle Priester das heisst Christen sind.“

Hierin liegt der Grund dessen, dass in der evang. Kirche die Einteilung der Kirchenmitglieder in kirchliche und weltliche Glieder — welche im kirchlichen Leben und auch in unseren älteren Landesgesetzen häufig vorkommt, — keineswegs bedeuten will, dass zwischen den mit der Seelsorge sich befassenden und nicht befassenden Mitgliedern der evang. Kirche nach unseren Glaubensgrundsätzen und Lehren ein Unterschied wäre, und noch viel weniger, dass es einen geistlichen Stand (Klerus) von besonderer rechtlicher Bedeutung oder eine besondere geistliche Kirchenverwaltungsgewalt gibt, welche dem Gotte näher stünde, als die übrigen Kirchenglieder und die Kirchengewalt von den letzteren unabhängig oder sogar wie über eine zu unbedingter Obedienz verpflichtete Herde ausüben könnte.

Die evang. Kirche hat den abgesonderten geistlichen Stand endgültig verworfen und verkündet den Grundsatz, dass die Kirche als Gesamtheit der christlichen Gläubigen einzig und allein die ausschliessliche Besitzerin der Kirchengewalt sei. Dass die Geistlichkeit dieselbe nicht besitze und sie unmittelbar auch nicht ausüben könne.

<sup>1</sup> Siehe § 1 der Pfarrwahlstatuten der Montan-, cisdanubischen-, transdanubischen- und Theiss-Distrikte.

<sup>2</sup> Siehe Petrus, II, 9.



Nichtsdestoweniger wurde das geistliche Amt nach der Lehre der evang. Kirche von Christus zur Verkündung des Evangeliums und zur Austeilung der Sakramente gegründet<sup>1</sup>. Und obwohl im Anfang jedes Mitglied der Versammlung zu lehren berechtigt war, erachtete man es später dennoch als im Interesse der Ordnung stehend, dass nicht wer und wie immer ohne den Auftrag der Gesamtheit dieses gemeinsame Recht Aller ausübe<sup>2</sup>.

Dies bringt die Augsb. Konfession zum Ausdrucke, indem sie aussagt, dass: Niemand in der Kirche öffentlich lehren und Sakramente austheilen kann, sei denn dass er nach dem Gesetze berufen ist (*nisi rite vocatus*).

Die Berufung (*vocatio*) hat eine zweifache Bedeutung, und zwar eine innere und eine äussere. Die innere Berufung besteht in der Gesamtheit jener zum geistlichen Dienste erforderlichen moralischen, geistlichen und wissenschaftlichen Fähigkeiten, welche der Pfarramts-Kandidat aus Gottes Gnade oder infolge eigenen Fleisses besitzt und deren Massstab die Gesetze der Kirche eingehend bezeichnen. Die äussere Berufung aber besteht darin, dass der Pfarramtskandidat von einer Kirchengemeinde regelmässig gewählt, berufen und seitens der kompetenten Kirchenbehörde eingeweiht wird (*ordinatio et missio legitima*)<sup>3</sup>. Dies

<sup>1</sup> Siehe Augsb. Konfession Art. XIV und Art. VII des 2. Theiles.

<sup>2</sup> Der Apostel Paulus gibt im XIV. Kap. seines Briefes an die Korinther Weisungen, wie die Offertorien verwendet werden sollen, damit alles zur Erbauung der Gemeinde geschehe. Er zählt ferner in seinem an Timotheus gerichteten Briefe alle jene Erfordernisse auf, welche der kirchliche Beamte aufweisen muss.

<sup>3</sup> Die römisch-kath. Kirche bekennt sich zu anderen Dogmen und hat über Amt und Macht des Pfarrers andere Lehren. Nach derselben steht die kirchliche Macht nicht den Mitgliedern, sondern in erster Linie und in ihrer Gänze dem Papst als irdischer Statthalter Christi und gesetzlicher Nachfolger des Apostels Petrus, in zweiter Reihe den Bischöfen (jedoch den Papst inbegriffen) als wohl nicht individuell aber korporativ genommenen Nachfolgern der Aposteln zu. Die Rechte des auf diese Weise ausgestalteten geistlichen Standes und die Erfordernisse der Geistlichen wurden auf Grund des alten und neuen Testaments, alsdann durch die mit dem IV. Jahrhunderte begonnenen allgemeinen Synoden bestimmt und erhielten eine



letztere ist nicht bloss eine Handlung von äusserer rechtlicher Bedeutung, welche zur Bezeugung dessen dient, dass die obere Kirchenbehörde den von der Kirchengemeinde Gewählten und Berufenen in sein Amt gesetzlich einführt, sondern ist auch eine symbolische religiöse Handlung, welche in der evang. Kirche der kompetente Bischof auf Grund des § 133 der K.-Verf. nach dem Beispiele der apostolischen Epoche durch Handauflegung (cheirothesia) ausübt.

Auf diese Weise entwickelte sich das im heutigen Sinne genommene geistliche Amt, indem nämlich die Kirche einen bestimmten Teil ihrer von Christus stammenden Macht behufs Ausübung auf gewählte Funktionäre übertrug, die jedoch nicht Herren der Kirche, sondern Gottes Diener sind<sup>1</sup>.

Die Grundlage ihres Berufes besteht in der Wahl, in der Berufung und in der Einweihung.

Die evang. Kirche nahm all jene auf die Bekleidung und die Erfordernisse des geistlichen Amtes bezüglichen Regeln des kanonischen Rechtes an, welche mit dem Evangelium und den Glaubensartikeln nicht im Gegensatze standen. In Deutschland kamen früh Statuten zustande, welche auch die Regelung dieser Frage enthielten und welche von der heimischen evang. Kirche anlässlich ihrer ersten Organisation bekanntlich übernommen wurden, so dass die älteren Synoden über die Erfordernisse der Pfarramtskandidaten kaum verfügt haben.

Wenn wir die hinsichtlich der Erfordernisse des Pfarramtes von der evang. Kirche Jahrhunderte hindurch angenommenen wesentlichen Grundsätze mit den bezüglichen Regeln des kanonischen Rechtes vergleichen, finden wir, dass die Abweichung eine ungemein geringe ist. Die Vorbedingungen der Einweihung sind

---

eingehende Regelung in dem Corpus iuris canonici, welche die Reformation schon vollständig entwickelt antraf.

<sup>1</sup> Die Independisten und Kongregationalisten erachteten die durch die Kirchengemeinde erfolgte Erwählung und Berufung als äussere Vokation für genügend zur regelrechten Erlangung des Pfarramtes.



dieselben, wie in der römisch-katholischen Kirche die der Ordination. Die Wirkung derselben ist jedoch eine ganz andere, weil sie keine solche besondere Fähigkeit verleiht, welche nicht auch in den übrigen Kirchengliedern vorhanden wäre und eben deshalb auch nicht zur Ausgestaltung einer Geistlichkeit (*ordo*) führen kann.

Jene Umstände, welche nach dem kanonischen Rechte eine vollständige Unfähigkeit zur Tragung des geistlichen Amtes (*incapacitas*) oder Unregelmässigkeit (*irregularitas*) und zwar entweder infolge Bedingungs mangels, d. h. „*ex defectu*“, oder infolge Vergehens, „*ex delicto*“ nach sich ziehen, verstellen im wesentlichen auch der Einweihung des evang. Pfarrerskandidaten den Weg.

Diejenigen Erfordernisse, deren Mangel in der heimischen evang. Kirche die Unfähigkeit zum Pfarramte nach sich ziehen, fliessen einerseits aus § 65 des KV., welches folgendermassen verfügt: „Zum Pfarrer kann jeder evangelische ungarische Staatsbürger Augsb. Konfession erwählt werden, der das 24. Lebensjahr überschritten und einen unbescholtenen sittlichen Lebenswandel geführt hat, der ferner den durch den General-Konvent (normierten) festgesetzten theologischen Lehrkurs durchgemacht und die durch denselben Konvent bestimmten Prüfungen bestanden hat“; — andererseits aus der zu besprechenden bezüglichlichen Regel der kirchendistriktlichen Pfarrerwahlstatuten.

Zur tatsächlichen Bekleidung des Pfarramtes ist auch das letzte Moment der äusserlichen Vokation, nämlich die Einweihung, notwendig. Dies folgt auch aus dem Artikel XIV der Augsb. Konfession, nach welchem nur der „gesetzlich Berufene“ die mit dem geistlichen Amte verbundenen sämtlichen Handlungen öffentlich vollziehen kann.

Die Einweihung (*ordinatio*) ist die auf die öffentliche Verkündung des göttlichen Wortes und auf die Verwaltung der Sakramente bezüglichliche gesetzliche Entsendung (*missio legitima*) des Pfarramtskandidaten und geschieht dies durch Handauflegung



und nebst Anrufung des heiligen Geistes, wobei der Einzuweihende vorher die treue Erfüllung der mit dem Pfarramte verbundenen Pflichten unter Eid verspricht.

Die Einweihung (*ordinatio*) der evang. Kirche unterscheidet sich wesentlich von der Einweihung (*consecratio*) der römisch-katholischen Kirche, obwohl — wenn auch unrichtig — die beiden Ausdrücke auch in der evang. Kirche als identisch gebraucht werden. Der Unterschied zwischen Ordination und Konsekration besteht darin, dass während die frühere kein Sakrament ist, die letztere ja eines ist.

Die Ordination ist lediglich ein religiöser Akt, durch welchen die Berufung der Kirchengemeinde perfektuiert wird, indem sich zur menschlichen Berufung auch diejenige durch Christus (*vocatio Christi*) gesellt. Früher hat der Bischof die Pfarramtskandidaten nur in der Synode<sup>1</sup>, welche aber dem heutigen Distriktsalkonvent entspricht, eingeweiht und nur im dringenden Notfalle auch bei anderer Gelegenheit<sup>2</sup>. In neuerer Zeit wird das Pfarrer- und Kirchen-Einweihungsrecht des Bischofs in den kirchendistriktslichen Statuten geregelt<sup>3</sup>.

Es folgt aus dem Wesen der Einweihung, dass dieselbe gegenüber der Lehre der römisch-katholischen Kirche nicht die Aufnahme in den geistlichen Stand bedeutet, weil es ja einen solchen in der evang. Kirche nicht gibt; auch verleiht sie keinen unerlöschlichen Charakter (*character indelibilis*) und kann vielmehr der Pfarrer im Wege ordentlichen kirchengerichtlichen Verfahrens sowohl seines Amtes, als auch seines Charakters als Pfarrer enthoben werden. Die Einweihung überträgt auch die Gaben des heiligen Geistes nicht in übernatürlicher Weise auf den Eingeweihten. Sie ist eine Vollmacht zur Ausübung der dem Pfarramte anhaftenden Rechte.

<sup>1</sup> Siehe Tit. V des Konsistoriums zu Sempte.

<sup>2</sup> Nach dem VII. Kanon der Synode zu Silein, weiht der Bischof den Pfarrer nach den in der wittenbergischen Kirche befolgten Zeremonien ein.

<sup>3</sup> Siehe § 133 und § 134 der KV.



Die römisch-katholische Kirche hält die Einweihung nicht für wiederholbar, weil ja eine einmalige Einweihung einen unerlöschlichen Charakter gegeben hat; auch die evang. Kirche wiederholt die Einweihung nicht, wenn der Betreffende in eine andere Pfarrerstellung erwählt wird oder nach vorangehender Abdankung inzwischen ein anderes ordentliches Amt bekleidet hat und dann wieder zur geistlichen Laufbahn zurückkehrt. Sie wiederholt die Einweihung aus dem Grunde nicht, weil die zur Betätigung der Pfarrerrechte erlangte amtliche Befähigung in solchen Fällen nicht erlischt, weshalb es auch keinen Grund zur Wiederholung der Einweihung gibt.

Wenn jedoch in die evang. Kirche ein Pfarrer übertritt und hier als gesetzlicher Pfarrer wirken will, welcher einer Glaubenskonfession angehört hat, die eine mit dem Wesen der Einweihung dogmatisch entgegengesetzte Lehre hat, wird die Einweihung gefordert, wiewohl der Betreffende nach den Regeln und Zeremonien der von ihm verlassenen Kirche bereits einmal eingeweiht wurde. In solchen Fällen sind überdies selbstredend auch die obigen anderen Bedingungen zu beachten.

#### Der ordentliche Pfarrer.

Ein in der Muttergemeinde und in dem Missionskreise ständig erhaltenes selbständiges Pfarramt wird ordentliches Pfarramt genannt; der lebenslänglich erwählte Führer desselben ist ordentlicher Pfarrer.

Die Wahl eines ordentlichen Pfarrers ist nur im Falle einer Vakanz oder bei der Organisierung eines ordentlichen Pfarramtes statthaft, in welchen Fällen der Pfarrer in dem Theissdistrikte durch die Versammlung der erhaltenden Kirchengemeinde den Bestimmungen der Wahlstatuten gemäss erwählt wird. Nach den Pfarrerwahlstatuten der montan- und transdanubischen-Distrikten wird das Pfarramt durch die Versammlung der erhaltenden Körperschaft (also eventuell durch die des Missionskreises) im Wege einer Wahl besetzt. Das Statut des cis-



danubischen Distrikts spricht auch ausdrücklich aus, dass das Pfarramt durch die Wahl der Kirchengemeinde oder des Missionskreises besetzt wird.

Bezüglich der Anstellung des Missionskreis-Pfarrers finden wir in den Distriktsstatuten wesentliche Abweichungen. So wird der Missionskreis-Pfarrer in den Theiss- und Montan-Distrikten auf Grund eines Wettbewerbes durch die Versammlung jenes Seniorats erwählt, in dessen Gebiete der Missionskreis liegt, jedoch wird die Wahl zur Bestätigung der Distrikts-Versammlung unterbreitet. In dem Montandistrikt hat auch der im Namen der Distrikts-Versammlung verfügende Vorstand des Kirchendistrikts das Recht, die Seniorats-Wahl zu bestätigen. Nach den Statuten der cisdanubischen und transdanubischen Distrikte ist zur Wahl des Missionskreis-Pfarrers in erster Linie die Versammlung der Kirchenmitglieder des Missionskreises befugt. Wenn aber eine solche Wahlversammlung nicht einberufen werden kann, wird der Missionskreis-Pfarrer im transdanubischen Distrikte auf Anempfehlung der Seniorats-Versammlung beziehungsweise des Seniorats-Vorstandes durch den Vorstand des Kirchendistrikts ernannt; wogegen im cisdanubischen Distrikte derselbe durch die Senioratsversammlung gleich erwählt wird. In dem letzteren Distrikte wählt der Senior, falls sich niemand meldet und die Notwendigkeit der Erwählung eines Missionspfarrers eintritt, mit Zustimmung des Bischofs ein zur Pfarrerstelle geeignetes Individuum aus und setzt denselben provisorisch in die Stelle ein; diese provisorische Einsetzung wird aber nur in dem Falle definitiv, wenn die Senioratsversammlung dieselbe nachträglich genehmigt.

#### Die Erledigung des Pfarramtes.

Das ordentliche Pfarramt wird vakant:

- a) durch Abdankung,
- b) durch Ableben,
- c) durch Pensionierung,



d) durch Amovierung vom Amte des ordentlichen Pfarrers.

Das Statut des transdanubischen Distrikts enthält den sub c erwähnten Fall nicht.

Im Falle von Abdankung und Ableben des ordentlichen Pfarrers tritt die Erledigung mit dem Tage dieser Ereignisse, bei Austritt mit dem Tage der ersten Kundgebung der diesbezüglichen Absicht, im Falle von Pensionierung und Amovierung mit jenem Tage ein, an welchem die Pensionierung oder die Amovierung vom Amte in Rechtskraft erwächst.

Der Senior bringt die Erledigung des Pfarramtes sofort dem Bischöfe zur Kenntnis.

In den Theiss-, transdanubischen- und Montan-Distrikten ist die Abdankung schriftlich verfasst, der Versammlung der das Pfarramt erhaltenden Körperschaft und durch diese dem Senior, — in dem Missionskreise aber — mit Ausnahme des cisdanubischen Distrikts — unmittelbar dem Senior zu überreichen<sup>1</sup>. In dem cisdanubischen Distrikte ist nämlich die Abdankung nur in solchen Missionskreisen unmittelbar dem Senior zu überreichen, in denen der Missionspfarrer von der Seniorats-Versammlung erwählt wurde<sup>2</sup>.

Das Ableben des Pfarrers bringt der Vorstand der Kirchengemeinde beziehungsweise des Missionskreises, nämlich der Inspektor oder in dessen Abwesenheit der Kurator und Lehrer, eventuell der Kantor sofort dem Senior und dieser dem Bischöfe zur Kenntnis.

Der verstorbene Pfarrer wird auf Kosten der das Pfarramt erhaltenden Körperschaft in einer seiner Stellung entsprechenden

<sup>1</sup> Von der Abdankung ist der Senior sogleich zu verständigen.

<sup>2</sup> In dem cisdanubischen Distrikte ist die Abdankung — selbstverständlich — auch dann dem Senior zu überreichen, wenn der abdankende Missionspfarrer seiner Zeit von dem Senior provisorisch in seine Stellung eingesetzt wurde und die Senioratsversammlung dies nachträglich bestätigt hatte.



Weise beerdigt. Diese Kosten dürfen aber in keinem Falle 20% <sup>1</sup> des ordentlichen Jahresgehaltes des Pfarrers überschreiten.

Das gesamte Jahreseinkommen der Pfarre, welches auf die bis zur Erledigung des ordentlichen Pfarramtes verflossene Zeit fällt, gebührt dem von seinem Amte geschiedenen Pfarrer beziehungsweise den Erben des verstorbenen Pfarrers.

Im Zusammenhang mit der Erledigung des Pfarramtes ist gleichzeitig die Frage der „Gnadenfrist“, das heisst die Feststellung dessen zu entscheiden, wer das vom Tage der Erledigung bis zum Tage der Einführung des neuen Pfarrers entfallende Pfarramtseinkommen zu beanspruchen das Recht hat. Die Pfarrervahlstatuten der vier Kirchendistrikte verfügen in dieser hochwichtigen Frage nicht übereinstimmend, sie schmiegen sich nicht alle den entsprechenden deutlichen Anordnungen der Kirchenverfassung an, und nachdem sich schliesslich die cisdanubischen und Montandistrikte bei der Regelung dieser Frage über die Anordnungen der §§ 74, 75 der K.V. hinwegsetzten, trat mit Zustimmung des Generalkonvents jener Fall ein, dass das Statut als eine dem Gesetze gegenüber sekundäre und lediglich ohne Verletzung desselben <sup>2</sup> zu schaffende Rechtsquelle mit den klaren Anordnungen des Gesetzes — als alle übrigen Rechtsquellen und rechtschaffende Faktoren dominierende Rechtsnorm — im Widerspruche steht.

Unseres Dafürhaltens sind in dieser Frage allein nur die Kirchendistrikte der Theiss- und transdanubischen Distrikte richtig und mit Hinblick auf § 16 der K.V. verfassungsgemäss vorgegangen, indem sie nämlich die mit den §§ 16, 74, 75 der K.V. kollidierenden Weisungen des durch das Statuten-Komitee des

---

<sup>1</sup> In der ungarischen evang. Kirche beträgt das minimale bare Gehalt des ordentlichen Pfarrers 1600 Kronen. Wenn die erhaltende Kirchengemeinde diese Summe nicht bestreiten kann, wird der Mangel unter dem Titel „Congrua“ von dem Staate nach dem Gesetzartikel XIV aus 1898 gedeckt.

<sup>2</sup> Siehe § 16 der KV.



General-Konvents ausgearbeiteten, von dem General-Konvente angenommenen und von demselben behufs einheitlicher Regelung zu den Kirchendistrikten zugewiesenen Pfarrerwahlstatuts-Entwurfes nicht befolgten, sondern sich bei der Regelung der Gnadenfrist strenge an den Satzungen der Kirchen-Verfassung hielten.

Das Pfarrerwahlstatut des transdanubischen Distrikts verweist nämlich im § 8 einfach darauf, dass: „Im Falle der Erledigung eines ordentlichen Pfarramtes die Verwendung des fälligen Pfarramtseinkommens durch die §§ 73—75 der K.V. bestimmt wird“.

Das Pfarrerwahlstatut des Theissdistrikts aber übernimmt in bezug auf die Regelung der Gnadenfrist die bezughabenden §§ 74, 75 der Kirchenverfassung, nach welchen: „Das halbjährige pfarrämtliche Einkommen, gerechnet vom Sterbetage, mitinbegriffen das Verbleiben in der Pfarrwohnung, kommt der Witwe des verstorbenen Pfarrers, beziehungsweise ihren Abkömmlingen und auch den arbeitsunfähigen Eltern zu. Sind nach dem verstorbenen Pfarrer weder Witwe, noch Nachkommen (Abkömmlinge), noch auch arbeitsunfähige Eltern zurückgeblieben, dann fällt das vierteljährige pfarrämtliche Einkommen gerechnet vom Sterbetage, abgesehen von der Wohnung und den Funktions-Gebühren (Stolarien), der allgemeinen Pfarrer - Pensions - Anstalt zu“.

Die auf die Gnadenfrist bezughabenden Verfügungen der Pfarrerwahlstatuten des Montan-<sup>1</sup> und cisdanubischen<sup>2</sup>-Distrikts

<sup>1</sup> Der 2. Alinea des auf die Gnadenfrist bezüglichen § 8 des Pfarrerwahlstatuts des Montandistrikts lautet wie folgt: „Die von dem Tage der Erledigung bis zum Tage der Einführung des neuen Pfarrers entfallenden pfarrämtliche Einkünfte aller Art stehen mit Ausnahme der Wohnung und der Stolarien der allgemeinen Pfarrer-Pensions-Anstalt zu, wenn jedoch das Pfarramt durch Ableben ledig wird und der verstorbene Pfarrer eine Witwe oder Abkömmlinge oder arbeitsunfähige Eltern hinterliess, dann steht der auf ein halbes Jahr von dem Tage der Erledigung gerechnet entfallende Teil dieses Einkommens samt der Wohnung in der Pfarre und samt den Stolarien den Genannten zu.“

<sup>2</sup> Der 2. Alinea des auf die Gnadenfrist bezüglichen § 8 des Pfarrer-



stehen mit dem § 75 der K.V. deshalb im Widerspruche, weil diejenigen des Montandistrikts „vom Tage der Erledigung an bis zur Einführung“ des neuen Pfarrers die pfarrämtlichen Einkünfte jeder Art — mit Ausnahme der Wohnung und der Stolarien — zu gunsten der allgemeinen Pfarrer-Pensions-Anstalt zu verwenden anordnen, wogegen nach § 75 der K.V. der Pfarrer-Pensions-Anstalt „vom Sterbetage gerechnet das vierteljährige pfarrämtliche Einkommen — abgesehen von der Wohnung und den Stolarien zufällt“<sup>1</sup>. Das Statut des cisdanubischen Distrikts hingegen sichert der allgemeinen Pfarrer-Pensions-Anstalt das vierteljährige Einkommen ausdrücklich für alle aus welchem Grunde immer eingetretene Fälle der Erledigung, aus-

wahlstatuts des cisdanubischen Distrikts verfügt wie folgt: „Die von dem Tage der im Falle der Punkte a) (Abdankung), c) (Pensionierung) und e) (Amovierung vom Amte) der § 4 eingetretenen Erledigung bis zum Amtsantritte des neuen Pfarrers entfallenden vierteljährigen pfarrämtliche Einkünfte aller Art stehen — mit Ausnahme der Wohnung und der Stolarien — der allgemeinen Pfarrer-Pensions-Anstalt zu, wenn jedoch das Pfarramt infolge Ablebens ledig wird und bis zum Amtsantritte des neuen Pfarrers nach dem verstorbenen Pfarrer Witwe und Abkömmlinge oder arbeitsunfähige Eltern hinterblieben sind, dann steht der von dem Tage der Erledigung an gerechnete auf ein halbes Jahr entfallende Teil dieses Einkommens samt der Wohnung in der Pfarre und den Stolarien den Genannten zu.

<sup>1</sup> Während also zufolge der Kirchenverfassung nur die Pfründe (und nicht das Einkommen) der allgemeinen Pfarrer-Pensions-Anstalt nur im Falle einer wegen Ablebens eingetretenen Erledigung und auch dann nur auf ein Quartal zusteht, ist die Kirchengemeinde nach dem Pfarrerwahlstatut des Montandistrikts vom Tage der aus welchem Grunde immer eingetretenen Erledigung angefangen durch unbestimmte Zeit verpflichtet, die Pfründe der allgem. Pfarrer-Pensions-Anstalt einzuliefern. Es kann also auch der Fall vorkommen, dass sie weniger und auch dass sie mehr als ein Quartalseinkommen einzuliefern hat. In konkreten Fällen kann der zwischen dem Statut des Montandistrikts einerseits und dem § 75 der KV. andererseits obwaltende Widerspruch derart verringert werden, dass die zuständigen Kirchenbehörden die den Rechtsanspruch der allgem. Pfarrer-Pensions-Anstalt begründende „Erledigung“ ausschliesslich als „Erledigung infolge Todesfalles“ auslegen und kann hiezu auch das als Stütze dienen, dass das Statut im vorangehenden § 7 von den im Falle des Ablebens eines Pfarrers zu treffenden Massnahmen handelt.



genommen den im Sinne des Punktes b des § 8 eingetretenen und den Anspruch der Erben des Pfarrers sichernden Fall des Ablebens, — wogegen § 75 der Kirchenverfassung das vierteljährige Einkommen der Pfarrer-Pensions-Anstalt nur im Falle des Ablebens zusichert, vorausgesetzt, dass der Pfarrer keine Anspruchsberechtigung zurückliess<sup>1</sup>.

Das zu gunsten der Rechtsnachfolger beziehungsweise der allgem. Pfarrer-Pensions-Anstalt zugesicherte Einkommen kann mit Genehmigung des Seniorats-Vorstands im Wege gegenseitiger Vereinbarung mit Bargeld abgelöst werden.

Für jene Meliorationen und nutzbringende Investitionen, welche der vom Amte geschiedene beziehungsweise verstorbene

<sup>1</sup> Ausser all dem ist der auf die Gnadenfrist bezügliche § 8 der Pfarrerwahlstatuten des Montan- und cisdanubischen Distrikts nicht einmal klar, weil derselbe in Bezug auf die Ausdrücke: „Pfründe“ und „Einkommen“ — gegenüber den §§ 73—75 der KV. (wenigstens in ihrer ungarischen originellen Fassung) — nicht distinguirt. „Pfründe“ heisst nämlich derjenige Teil des pfarrämtlichen Einkommens, welcher durch den Berufungsbrief oder durch Beschluss der Kirchengemeinde-Versammlung genau festgestellt ist, so dass der amtsstätige Pfarrer für seine pfarrämtlichen Handlungen diese festgestellten Stolarien und Bezahlung zu fordern berechtigt ist. Hingegen fällt in den Begriffskreis des „Einkommens“ jeder solche Betrag oder auch Wert, welchen der die Amtshandlungen vornehmende Pfarrer von rechtswegen nicht fordern kann, z. B. Geschenke, Ueberzahlungen etc. Die Kirchenverfassung unterscheidet ganz richtig zwischen den beiden Ausdrücken, indem sie in § 73, wo sie über den bis zum Tage des Ablebens des Pfarrers fälligen Betrag verfügt, den Ausdruck: Einkommen gebraucht, was auch der Billigkeit entspricht, weil ja die dem Pfarrer für seine bis zu seinem Tode versahene Funktionen gebührende Bezahlung und die etwaigen Geschenke seinen Erben immer zusteht. Hingegen gebrauchen die §§ 74—75 konsequent den Ausdruck „Pfründe“, was die oberberührte rechtliche Bedeutung hat. Unserer Ansicht nach ist es nur recht und billig, wenn die §§ 74—75 der KV. den Ausdruck „Pfründe“ gebrauchen. Dem zur Zeit der Vakanz des Pfarramtes funktionierenden Pfarrer gebührt nämlich jenes Geschenk, welches die Gläubigen ausser den ordentlichen Stolarien aus Opferwilligkeit und Anerkennung geben. Und hiebei erleiden auch die anspruchsberechtigten Erben und beziehungsweise die allgem. Pfarrer-Pensions-Anstalt keinen Schaden, weil zur Zeit der Vakanz die dem Berufungsbrieft entsprechenden Gebühren und festgestellten Stolarien ihnen zustehen und ausgefolgt werden.



Pfarrer bezüglich der die Pfründe des Pfarramtes bildenden Immobilien mit Wissen und Zustimmung der Versammlung der das Pfarramt erhaltenden Kirchengemeinde gemacht hat, gebührt dem vom Amte geschiedenen Pfarrer beziehungsweise den Erben des verstorbenen Pfarrers von dieser Körperschaft eine billige Entschädigung und zwar für die Reparaturen der nachweisbare Bezugspreis, eventuell der gewöhnliche Schätzungspreis, für die nutzbringenden Investitionen der gewöhnliche Schätzungspreis.

Nach dem Statute des cisdanubischen Distrikts kann auch für nutzbringende Investitionen in erster Reihe der nachweisbare Bezugspreis gefordert werden.

Zur Gültigkeit der in dieser Sache zu schliessenden Vereinbarung beziehungsweise erbrachten Beschlusses ist die Genehmigung des Seniorats-Vorstandes erforderlich.

Bei der Erledigung des Pfarramtes trifft der Senior oder dessen Beauftragter sofort die nötigen Verfügungen, namentlich:

a) im Falle Ablebens bestimmt er im Einvernehmen mit der Familie des Verstorbenen und dem dortigen Vorstände der Kirchengemeinde respektive Missionskreises die Modalitäten der Beerdigung;

b) er übernimmt nebst Inventur jene Fahrnisse der Kirchengemeinde beziehungsweise Missionskreises, welche unter Verwaltung des Pfarrers gestanden sind und sorgt zugleich für die Aufbewahrung desselben;

c) er betraut mit der Verwaltung der Kirchengemeinde beziehungsweise des Missionskreises und mit der Leitung des Pfarramtes einen benachbarten Pfarrer und stellt die Reihenfolge fest, in welcher die benachbarten und die nächsten Pfarrer an Sonn- und Feiertagen — nach dem Statute des Theissdistrikts auch an Wochentagen — in dieser Kirchengemeinde beziehungsweise in diesem Missionskreise den Gottesdienst zu versehen haben. Wenn aber die benachbarten evang. Gemeinden weit entfernt wären und die benachbarten Pfarrer wegen der grossen Entfernung mit dem Versehen der Kirchengemeinde nicht betraut werden könnten,



macht er dem Bischöfe Vorschlag auf die Ernennung eines stellvertretenden Pfarrers<sup>1</sup>. In solchen Kirchengemeinden beziehungsweise Missionskreisen hingegen, wo es mehrere ordentliche Pfarrer gibt, ist mit den während der Zeit der Vakanz auftauchenden Pfarrersagenden der dortige andere beziehungsweise einer der Ortspfarrer zu betrauen. Im Statute des cisdanubischen Distrikts befindet sich ein Widerspruch, indem der stellvertretende Pfarrer nach Punkt c des § 10 vom Senior, nach § 61 aber vom Bischof ernannt wird.

Beauftragte auf Grund des gegenwärtigen § können — mit Ausnahme des stellvertretenden Pfarrers nur dem Verbande desselben Seniorats angehörende Pfarrer sein. Solche sind aber verpflichtet, den Auftrag anzunehmen und die mit demselben verbundenen Agenden zu versehen.

Ohne Betrauung des Seniors ist niemand berechtigt, im Orte der Erledigung als Pfarrer tätig zu sein.

In dem cisdanubischen Distrikte können ausnahmsweise mit der Zustimmung des Seniors auch dem Verbande eines anderen Seniorats angehörende Pfarrer mit der Stellvertretung beauftragt werden, jedoch nur in dem Falle, wenn die Kirchengemeinde des anderen Seniorats im Verhältnisse zur Entfernung der Kirchengemeinden des zuständigen Seniorats zu jener Kirchengemeinde beziehungsweise Missionskreise, in welchem das Pfarramt erledigt ist, so nahe liegt, dass ein solcher Auftrag für die letzteren von offenbarem Vorteile ist.

Die mit der Stellvertretung Betrauten beziehen von der das Pfarramt erhaltenden Körperschaft Fuhre und Verpflegung und auch das Stolarium gebührt ihnen in nachstehenden Fällen:

aa) wenn nach dem verstorbenen Pfarrer weder Witwe, noch Nachkommen, noch aber arbeitsunfähige Eltern zurückgeblieben sind;

<sup>1</sup> Nach Punkt c) des § 10 des Montanstatuts ernennt der Bischof den stellvertretenden Pfarrer. Und es gehört auch nicht zu den Agenden des Seniors diesbezüglich einen Vorschlag zu machen.



bb) falls auch solche zurückgeblieben sind, aber vom Tage der Erledigung des Pfarramtes gerechnet, ein halbes Jahr bereits verflossen ist;

cc) wenn das Pfarramt nicht infolge Ablebens vakant geworden ist.

Nach der Erledigung des Pfarramtes lässt der Senior oder dessen Betrauter<sup>1</sup> in der betreffenden Kirchengemeinde beziehungsweise Missionskreise eine Sitzung des Presbyteriums abhalten.

Nach dem Statute des Theissdistrikts lautet diese Verfügung folgenderweise: Im Falle der Erledigung des Pfarramtes lässt der Senior nach Empfang der amtlichen Mitteilung binnen 15 Tagen in der betreffenden Kirchengemeinde eine Sitzung des Presbyteriums abhalten.

In dieser Sitzung des Presbyteriums hat der Senior oder dessen Betrauter:

a) über die Erledigung des Pfarramtes und seine demzufolge getroffenen Verfügungen zu berichten. Er lässt feststellen und zu Protokoll nehmen, was von dem Pfarramts-Einkommen dem früheren Pfarrer beziehungsweise dessen Nachfolgern und was der allgem. Pfarrer-Pensions-Anstalt zukommt. Die letztere Verfügung ist in dem Statute des cisdanubischen Distrikts nicht enthalten.

b) veranlasst, dass dem von seinem Amte geschiedenen Pfarrer, beziehungsweise den Erben des verstorbenen Pfarrers, oder der allgem. Pfarrer-Pensions-Anstalt das ihnen gebührende pfarramtliche Einkommen und Entschädigung am Tage der Fälligkeit ausgefolgt werde und die Beerdigungskosten ausbezahlt werden.

c) veranlasst, dass die Namensliste der Mitglieder der Wahlversammlung zusammengestellt und in einer von ihm geeignet erachteten Weise 30 Tage hindurch von der Erledigung des Pfarramtes angefangen zur öffentlichen Besichtigung ausgestellt

<sup>1</sup> Das Statut des Montandistrikts erwähnt nur den Senior, den Beauftragten nicht.



werde und dass hievon die Mitglieder der beteiligten Kirchengemeinde anlässlich des nach der Kundmachung stattfindenden nächsten und an dem darauf folgenden Gottesdienste mit Angabe der Frist, bis zu deren Ablauf Einwendungen erhoben werden können, von der Kanzel verständigt werden.

Nach dem Statute des Theissdistrikts ist die Namensliste der Mitglieder der Wahlversammlung im ersten Viertel eines jeden Jahres zusammenzustellen, demzufolge der Senior diesbezüglich nicht zu verfügen hat.

Das Statut des Montandistrikts schreibt auch vor, dass die Namensliste der Wähler von der ersten Kundmachung an gerechnet auf 14 Tage zur öffentlichen Schau auszustellen sei. Nach dem Statute des transdanubischen Distrikts ist die Namensliste innerhalb 30 Tagen von der Erledigung des Pfarramtes gerechnet auf 14 Tage zur öffentlichen Schau auszustellen und sind hievon die Mitglieder der beteiligten Kirchengemeinde anlässlich der, an den zwei auf die Zurschaustellung folgenden Sonntagen stattfindenden Vormittagsgottesdienstes zu verständigen.

d) lässt den Berufungsbrief des von seinem Amte geschiedenen beziehungsweise verstorbenen Pfarrers behufs eventuell nötiger Modifizierung oder Hebung des darin bestimmten Einkommens verhandeln und den Berufungsbrief des neuzuwählenden Pfarrers verfassen, welcher behufs endgültiger Feststellung der Versammlung vorzulegen ist.

Er lässt nach dem Theiss-, Montan- und Cisdanubischen Statut den Tag feststellen, an welchem die Versammlung — mit Ausnahme der Missionskreise — die Person<sup>1</sup> bezeichnen kann, welche sie durch den Senior besonders auffordern lassen will, sich um das Pfarramt zu bewerben, sei denn dass dieses Recht dem Presbyterium überantwortet wurde, in welchem Falle sich dasselbe sofort äussert, und die bezeichnete Person zum Wettbewerb innerhalb der festgestellten Frist aufgefordert wird.

---

<sup>1</sup> Nach dem Statute des Theissdistrikts: „oder Personen“.



Das Statut des transdanubischen Distrikts umgeht diese Verfügung.

Falls sich der Betreffende innerhalb dieser Frist nicht bewirbt, ist dies so anzusehen, als hätte er eine ablehnende Antwort gegeben.

Die Statuten der übrigen Distrikte mit Ausnahme des Theissdistrikts bestimmen auch, dass der Senior oder dessen Vertreter oder dessen Beauftragter in Kirchengemeinden, welchen die Bezahlung des Pfarrers ausser anständiger Wohnung und Garten jährlich 800 Gulden nicht beträgt, und deren selbständige Aufrechterhaltung vom Kirchendistrikte nicht als im höheren Interesse der Gesamtkirche notwendig bezeichnet wurde, erklärt gleichzeitig, dass er in der im § 320 der KV. vorgeschriebenen Weise vorgehen werde.

Gegen die zur öffentlichen Besichtigung ausgestellte Namensliste der Mitglieder kann nur binnen 15 Tagen von der öffentlichen Aushängung gerechnet vor dem Senior sowohl mündlich als schriftlich begründete Einwendung erhoben werden. Ueber die Einwendungen entscheidet binnen 15 Tagen der Seniorats-Vorstand. Zufolge der Pfarrerwahlstatuten der Theiss-, Montan- und Transdanubischen Distrikte ist auch der fernere Rekurs statthaft, indem dieselben aussprechen, dass die Partei gegen den Beschluss des Seniorats-Vorstandes binnen 8 Tagen von der Zustellung gerechnet an das Distrikts-Präsidium appellieren kann, welches gleichfalls innerhalb 15 Tagen endgültig entscheidet.

Nach dem Statute des Theissdistrikts sind solche Appellationen im Wege des Kirchengemeinde-Vorstandes einzureichen.

Der Senior nimmt über das oberörterte Verfahren<sup>1</sup> sofort am Schauplatze ein Protokoll auf, übermittelt dessen beglaubigte Kopie der Kirchengemeinde<sup>2</sup>, und hinterlegt das Original des-

---

<sup>1</sup> § 10 und 11 der Pfarrerwahlstatuten.

<sup>2</sup> Nach dem Statute des cisdanubischen Distrikts: „beziehungsweise Missionskreises“.



selben<sup>1</sup> im Archiv des Seniorats.

In Missionskreisen unterbreitet der Senior den über die Erledigung des Pfarramtes und über seine demzufolge getroffenen Massnahmen lautenden Bericht sowie seine den Berufungsbrief des von seinem Amte geschiedenen beziehungsweise verstorbenen Pfarrers betreffenden etwaigen Bemerkungen und seinen auf die Liquidierung der auszubezahlenden Beträge bezüglichen Vorschlag dem Distrikts-Vorstande beziehungsweise dem Bischof, im Theissdistrikte der Seniorats-Versammlung.

Das transdanubische Statut schreibt ebenfalls vor, dass in Missionskreisen der Senior seinen über die Erledigung des Pfarramtes lautenden Bericht und den auf die notwendigen Verfügungen bezüglichen Vorschlag dem Distrikts-Präsidium vorzulegen hat, spricht jedoch überdies auch aus, dass der Seniorats-Vorstand die Erledigung eines Pfarramtes in der von dem Distrikts-Präsidium bezeichneten Zeitung zu veröffentlichen hat.

### Der Wettbewerb.

Die Art und Weise der Erlangung des erledigten Pfarramtes ist in den vier Distrikten der evang. Kirche sehr abweichend geregelt und zwar auch in den prinzipiellen Fragen. Die Wahlstatuten des Montan- und Theissdistrikts sind in Bezug auf den Wettbewerb noch am meisten übereinstimmend. Das Statut des cisdanubischen Distrikts hingegen weicht von den beiden vorhergenannten auch schon in prinzipiellen Fragen ab, indem die Ausschreibung eines Wettbewerbes in diesem Distrikte nur in ausserordentlichen Fällen anzuwenden ist, in der Regel aber die Wahl durch Einladung in den Vordergrund tritt, während die Statuten des Montan- und Theissdistrikts nur die im Wege des Wettbewerbes zu erfolgende Besetzung des erledigten Pfarramtes annimmt<sup>2</sup>. Das Pfarrerwahlstatut des transdanubischen Distrikts

<sup>1</sup> Nach dem Theiss-Statute sind beide Protokolle in Original zu verfassen.

<sup>2</sup> Es ist unleugbar, dass die im Wege einer öffentlichen Konkursausschreibung



befasst sich mit der Frage des Wettbewerbes oder der Einladung, oder der Meldung in einem selbständigen Abschnitt überhaupt nicht.

Die Statuten des Theiss-, Cisdanubischen- und Montandistrikts enthalten in Bezug auf den Wettbewerb beziehungsweise auf die Meldung folgende Verfügungen:

Die Erledigung des Pfarramtes bringt der Seniorats-Vorstand, damit dies alle einheimischen evang. Pfarrer, Theologie-Professoren und Religionslehrer<sup>1</sup> erfahren können, in einer durch die Kirchendistrikts-Versammlung von Zeit zu Zeit bestimmten evang.-kirchlichen Zeitung zur öffentlichen Kenntnis, und ruft alle diejenigen, welche das erledigte Pfarramt zu erlangen wünschen und hiezu auch qualifiziert sind, zur schriftlichen Meldung und zur Einsendung ihrer Urkunden, mit einem Worte zum Wettbewerb auf.

In diesem Aufrufe muss klar bezeichnet werden:

a) der Name jenes Seniorats und jener Kirchengemeinde, beziehungsweise Missionskreises, in welchem das Pfarramt erledigt ist;

b) jene Sprache, deren Kenntnis, nebst der Kenntnis der ungarischen Sprache von dem anzustellenden Pfarrer gefordert wird;

c) die dem Pfarrer nach seinem Amte zukommenden sämtlichen Gebühren auf Grund des durch die Versammlung beziehungsweise durch die Kirchenbehörde bereits festgesetzten Berufungsbriefes;

d) das Amt, bei welchem die Frist, innerhalb welcher und die Urkunden mit deren Einsendung die schriftliche Meldung, beziehungsweise der Wettbewerb zu geschehen hat.

---

schreibung stattfindende Besetzung des Pfarramtes den oberen Kirchenbehörden mehr Gelegenheit bietet in der Kontrolle der Erfordernisse der Wählbarkeit mit der erwünschten Wachsamkeit zu verfahren.

<sup>1</sup> Nach dem Statute des cisdanubischen Distrikts: auch „Pfarramtskandidaten“.



Die schriftliche Bewerbung ist bei dem hinsichtlich des erledigten Pfarramtes zuständigen Seniorate zu überreichen und haben die Bewerber, falls sie nicht ordentliche Pfarrer sind, die ihre Wählbarkeit beweisenden Urkunden einzusenden.

Die durch die publizierte Konkursausschreibung festgestellte Frist ist pünktlich einzuhalten.

Nach dem Statute des Theissdistrikts darf sich der Kandidat oder der Bewerber in der erledigten Kirchengemeinde nicht aufhalten; ausgenommen hievon sind nur diejenigen, die in jener Kirchengemeinde in amtlicher Anstellung sind, oder schon vor der Erledigung des Pfarramtes daselbst wohnten.

Desgleichen hat der Senior nach dem Statute des Theissdistrikts eine oder mehrere durch die Versammlung oder das Presbyterium benannte Personen gleichzeitig mit der Ausschreibung des Wettbewerbes mittelst besonderen Briefes zum Bewerbe aufzurufen; die in der Kundmachung festgestellte Frist und die auf den Wettbewerb bezüglichen übrigen Regeln sind auch in diesem Falle einzuhalten.

Wie bereits oben erwähnt, findet nach dem Pfarrwahlstatute des cisdanubischen Distrikts die Besetzung des Pfarramtes im Wege des öffentlichen Wettbewerbes nur in ausserordentlichen Fällen Anwendung; unter ordentlichen Verhältnissen gilt folgende Regel: „Wird das Pfarramt vakant, so kann die Kirchengemeinde-Versammlung: 1. mit Einwilligung des Seniors einen solchen Wahlberechtigten berufen, zu dem sie Vertrauen hat; 2. einzelne Pfarrer anhören; 3. kann auch der Senior einzelne aufrufen und sie der Kirchengemeinde empfehlen; 4. kann der Senior die bei ihm sich Meldenden der Kirchengemeinde empfehlen.“

Im Montandistrikte findet eine Wahl im Wege der Einladung in folgender Weise statt: Das Presbyterium meldet dem Distrikts-Vorstande im Wege des Seniors den Namen des einzuladenden Pfarrers an und ersucht um Anerkennung der Wählbarkeit desselben. Der von dem Distrikts-Vorstande als wähl-



bar anerkannte Pfarrer kann von der zur Vornahme der Wahl einberufenen Versammlung nur mit den Stimmen von zwei Drittel der Anwesenden erwählt werden.

### Die Kandidation und die Probepredigt.

Die Kandidation ist im wesentlichen eine nähere Beurteilung der Frage der Wählbarkeit.

Die vier Distrikte der evang. Kirche gingen sowohl in der Regelung der Kandidation als in der der Probepredigt abweichend vor, was — abgesehen von dem Mangel einer einheitlichen Rechtsordnung mit Folgen verbunden ist, die wir weder vom prinzipiellen Gesichtspunkte, noch vom Gesichtspunkte der lokalen Verhältnisse der einzelnen Distrikte begründet erachten können. Manche Distrikte schreiben nämlich als Vorbedingung der Kandidation auch vor, dass die Religionslehrer und Hilfspfarrer nur in dem Falle zur ordentlichen Pfarrerstelle kandidiert werden können, wenn sie in dieser Eigenschaft im Kreise der ungarischen evang. Kirche augsb. Konfession mindestens ein Jahr verbracht haben; wogegen der Theiss-Distrikt hievon absieht und statt dessen die Absolvierung des theologischen Kurses und die Ablegung der festgestellten Prüfungen für genügend hält. Das Institut der Probepredigt ist mit Ausnahme des transdanubischen Distriktes bei sämtlichen Distrikten unbeschränkt in Geltung, wogegen es im transdanubischen Distrikte verboten und nur in Ausnahmefällen gestattet ist.

Die Pfarrerwahlstatuten verfügen hinsichtlich der Kandidation und der Probepredigt folgendermassen (wir heben die abweichenden oder Ersatzbestimmungen der einzelnen Kirchendistrikte überall hervor):

Der Wahl geht die Kandidation vor, beziehungsweise findet nach dem Statute des cisdanubischen Distriktes nach Abhaltung der Probepredigt eine Kandidierungs-Versammlung statt.

Kandidierbar ist:

In den Montan-, cisdanubischen und trans-



danubischen Distrikten jeder ordentliche Pfarrer oder 24 Jahre überschrittener Theologie-Professor, der in einer Kirchengemeinde oder in einem Missionskreise der ungarischen evang. Kirche Augsb. Konfession, oder an der theologischen Akademie oder an einer theologischen Lehranstalt der Gesamtkirche funktioniert. Ferner ist kandidierbar jeder evang. Religionslehrer oder Hilfspfarrer Augsb. Konfession, welcher das 24. Lebensjahr überschritten hat und im Kreise der ungarischen evang. Kirche Augsb. Konfession in dieser Eigenschaft mindestens ein Jahr verbracht hat.

Bei den letzteren kann die eine einjährige Dienstzeit fordernde Beschränkung, falls die erste Aufforderung zum Konkurse erfolglos blieb in den Montan- und cisdanubischen Distrikten durch die Kandidations-Korporation, im transdanubischen Distrikte aber mittelst ausnahmsweiser Erlaubnis (des Kirchendistrikts-Vorstandes) bei Seite gelassen werden. Schliesslich kann im Montan-Distrikte, wenn auch der zweite Aufruf zum Konkurse erfolglos bleiben sollte, jedes als evang. Hilfspfarrer Augsb. Konfession anstellbare 24-jähriges Individuum kandidiert werden.

Im Theiss-Distrikte kann jeder 24 Jahre alte ungarische evangelische Staatsbürger unbescholtenen Vorlebens, der den durch den General-Konvent festgestellten theologischen Kurs absolviert und die durch denselben vorgeschriebene Prüfungen bestanden hat, kandidiert werden.

Nach den Statuten sämtlicher vier Distrikte können die ausser dem Verbande der ungarischen evang. Kirche Augsb. Konfession ein Amt bekleidenden ordentlichen und Hilfspfarrer nur auf Grund ausserordentlicher Erlaubnis des Kirchendistrikts-Vorstandes, beziehungsweise im Theiss-Distrikte auf Grund der Erlaubnis des Bischofs, kandidiert werden.

Nicht kandidierbar ist zu einem Pfarramte:

- a) der zur Bekleidung eines kirchlichen Amtes mittelst rechtkräftigen Urteils unfähig erklärt wurde;
- b) gegen den eine im Sinne des § 399 der Verf. angeord-



nete Untersuchung im Zuge ist;

c) der kein ungarischer Staatsbürger und der ungarischen Sprache unkundig ist;

d) der das Pfarramt durch Bestechung, unstatthafte Bewirtung, unbescheidene Selbstanbietung, Irreführung, Drohung oder Aufwiegelung zu erreichen sucht; nach dem Statut des cisdanubischen Distriktes ist die Kandidatur in diesen Fällen selbst dann nicht möglich, wenn diese Handlungen von anderen, jedoch mit dem Wissen und der Einwilligung des Kandidaten verübt wurden. Die Pfarrerrwahlstatuten des Montandistrikts gehen noch weiter, in dem § 26 derselben, wie folgt verfügt: „Der Kirchendistrikts-Vorstand kann auch von den, seinerseits ansonsten als kandidierbar angenommenen Individuen denjenigen ausschliessen, der im Laufe der Wahl das Pfarramt mittelst Bestechung, unstatthafter Bewirtung, unbescheidener Selbstanbietung, Irreführung, Drohung oder Aufwiegelung zu erlangen sucht, und zwar auch in dem Falle, wenn diese Handlungen von anderen, jedoch mit Wissen und Einwilligung des Kandidaten verübt wurden. Gegen diesen Bescheid können sowohl die ausgeschlossene Person, wie die Mitglieder der beteiligten Kirchengemeinde an die Kirchendistrikts-Versammlung appellieren, welche Appellation in Bezug auf die Wahl von aufschiebender Wirkung ist.

e) Der in dem, hinsichtlich des zu besetzenden Pfarramtes zuständigen Seniorate bereits einmal ein Pfarramt bekleidet hat, wo demselben jedoch mittelst rechtskräftigen Urteils amoviert wurde oder von demselben nach Erbringung zweier übereinstimmenden und auf die Amovierung von Amts wegen erkennenden Urteile abgedankt hat.

f) Der in der Kirchengemeinde, deren Pfarramt zu vergeben ist, einst eine Bestechung ausgeübt hat, vorausgesetzt, dass dieselbe im Laufe eines mit rechtskräftigem Urteil beendigten Verfahrens nachgewiesen und die Pfarrerrwahl damals aus diesem Grunde annulliert wurde. In den Statuten des Theiss-Distrikts



gelangt dies noch strenger zum Ausdrucke, indem die sub d) angeführten sämtlichen Handlungen dasselbe zur Folge haben.

Endlich im Theiss-Distrikte und im transdanubischen Distrikte kann auch derjenige nicht kandidiert werden, der ein im § 324 der KV. erwähntes kirchliches Vergehen nachweisbar verübt hat<sup>1</sup>. Nach den Statuten des Montandistriktes und des cisdanubischen Distrikts wird die Ausschliessung des Wettbewerbers aus der Kandidation im Falle rechtskräftiger Verurteilung wegen solcher Vergehen durch den Bischof vollzogen, und zwar nach den ersteren in imperativer, nach den letzteren in fakultativer Weise. Im cisdanubischen Distrikte kann auch ein solcher Wett-

<sup>1</sup> Der § 324 der KV. lautet folgenderweise:

Eines kirchlichen Vergehens macht sich jener Kirchenbeamte schuldig, welcher

a) Lehren verkündet, die mit dem Bekenntnis unserer Kirche im Widerspruche stehen;

b) durch Tat oder Versäumnis die in den Landesgesetzen wurzelnden Rechte und Freiheiten der evang. Kirche Augsb. Konfession gefährdet;

c) die Gesetze, die gesetzlichen Statuten und sonstigen Normen oder rechtskräftigen Beschlüsse der Kirche absichtlich verletzt;

d) sein Amt missbraucht, seine amtliche Pflicht verweigert, dieselbe absichtlich oder aus sträflichem Leichtsinne verabsäumt oder in der Erfüllung seiner amtlichen Pflichten sich grösserer Lässigkeit oder Unordnung schuldig macht;

e) das Recht der freien Mitwirkung in den Angelegenheiten der Kirche oder seine Stellung als Beamter derselben zur Aufreizung gegen den König von Ungarn, gegen das ungarische Vaterland und gegen die ungarische Nation benützt;

f) den Frieden der Kirche durch Aufreizung gegen die Mitglieder unserer eigenen Kirche oder Angehörige anderer Religionen gefährdet oder durch Anzettelung von Zwistigkeiten stört;

g) gegen die kirchliche Obrigkeit sich in höherem Grade ungehorsam und unehrerbietig erweist;

h) durch sein Betragen die öffentliche Sittlichkeit verletzt, oder dessen Benehmen gegen den Charakter seines Amtes verstösst;

i) sich einer solchen unter die Strafgesetze des Staates fallenden Handlung schuldig macht, welche im Interesse der religiösen, sittlichen, kulturellen, auf die Erhaltung von Zucht und Ordnung gerichteten und rechtlichen Aufgaben der Kirche auch vom kirchlichen Standpunkte aus strafbar ist.



bewerber nicht kandidiert werden, der mit einer nicht evang. protestantischen Ehegattin lebt.

Nach den Statuten der Theiss- und Montan-Distrikte unterbreitet der Seniorats-Vorstand die eingelangten schriftlichen Offerte und Urkunden (§§ 14—16) acht Tage nach Ablauf der Frist eventuell samt seinen Bemerkungen dem Distrikts-Präsidium, welches unter Beachtung des Obangeführten die Namenliste der Kandidierbaren samt den vorgelegten Dokumenten spätestens innerhalb 15 Tagen an den Senior übermittelt.

Der Distrikts-Vorstand ist verpflichtet über Klage eines etwa ausgeschlossenen Bewerbers seinen erbrachten Bescheid samt Motiven dem Distriktskonvent nachträglich vorzulegen, wobei jedoch die Klage hinsichtlich des Bescheides des Distrikts-Präsidiums nicht von aufschiebender Wirkung ist.

Wenn jedoch die betreffende Kirchengemeinde-Versammlung gegen die Entscheidung des Distrikts-Vorstandes an den Distriktskonvent rekursieren sollte, dann ruht das Pfarrerrwahlverfahren bis zum Beschlusse des Distriktskonventes und verbleibt die Substitution durch die benachbarten Pfarrer auch fernerhin in Geltung.

Im cisdanubischen Distrikte nimmt der Seniorats-Vorstand den auf die Kandidation bezüglichen Wunsch der Kirchengemeinde zur Kenntnis und stellt, falls der Kandidation ein Wettbewerb voranging auf Grund der eingelangten Dokumente die Reihenfolge der Kandidaten fest und legt dieselbe dem Distrikts-Vorstande vor. Hat der Distrikts-Vorstand hiegegen eine Einwendung, so unterbreitet sie die Angelegenheit dem Distriktskonvente, welcher in dieser Frage endgültig entscheidet, bis zu welcher Entscheidung das Wahlverfahren ruht und die Substitution durch die benachbarten Pfarrer bleibt in Geltung. Die Statuten des transdanubischen Distrikts enthalten diesbezüglich keine besondere Verfügung.

In den Theiss-, Montan- und cisdanubischen Distrikten kann die Gemeindeversammlung, eventuell das Presbyterium (§ 48 der



KV.)<sup>1</sup> an dem von dem Seniorats-Vorstand anberaumten Tage unter dem Vorsitze des Seniors und des Senioral-Inspektors oder deren Vertreter von der Liste der als kandidierbar angenommenen Bewerber drei und der Seniorats-Vorstand einen Kandidaten auf das vakante Pfarramt aufstellen.

Der transdanubische Distrikt hat andere Regeln festgesetzt. Nach denen: auf die vakante Pfarrerstelle von den Kandidierbaren der Bischof zwei, die Versammlung der wählenden Kirchengemeinde beziehungsweise Missionskreises eventuell das Presbyterium<sup>2</sup> (§ 48 der KV.) an dem durch den Seniorats-Vorstand festgesetzten Tage und unter dem Vorsitze des Seniors und des Senioral-Inspektors oder deren Vertreter ebenfalls zwei Kandidaten aufstellen können, deren Namen behufs Kontrolle der Erfordernisse der Wählbarkeit dem Bischofe unterbreitet werden. Nach dem Pfarrerwahlstatute des Theiss-Distrikts kann in dem Falle, wenn von den Kandidaten einer zurücktritt, auf Verlangen der Kirchengemeinde von den als kandidierbar angenommenen ein anderer kandidiert werden<sup>3</sup>.

Die Kirchengemeinde-Versammlung, respektive in dem transdanubischen Distrikte auch die Missionskreis-Versammlung ist in allen vier Distrikten verpflichtet von den statutengemäss kandidierten Personen zu wählen.

Wenn in den Theiss-, Montan- und cisdanubischen Distrikten auf den ersten Aufruf weniger als vier nach dem Pfarrerwahlstatut des betreffenden Distrikts kandidierbare Personen sich beworben haben, kann auf Verlangen der Wahlversammlung noch ein Aufruf kundgemacht werden; wenn sich aber überhaupt keine solche Person beworben hat, dann erneuert der Senior sofort nach Ablauf der zur Wettbewerbung ausgeschriebenen Frist den Aufruf.

<sup>1</sup> Die Kirchengemeinde-Versammlung hat nämlich auf Grund § 48 der KV. auch dies dem Wirkungskreise des Presbyteriums zugewiesen.

<sup>2</sup> Siehe Note 1.

<sup>3</sup> Zu dieser Nachkandidation ist selbstredend derjenige Faktor berechtigt, dessen Kandidat zurückgetreten ist.



Haben sich auch nach dem zweiten Aufruf nur weniger als vier kandidierbare Personen beworben, dann sind weniger als vier zu kandidieren und wenn überhaupt keine solche Person sich beworben hat, dann macht der Seniorats-Vorstand dem Bischof bezüglich der Ernennung eines Stellvertreters (Pfarrverweser) einstweilen auf die Dauer eines Jahres, Vorschlag; beziehungsweise wird im Bergdistrikte der von dem Bischofe als ernennbar Angenommene durch den Seniorats-Vorstand als Pfarr-Verweser ernannt. Das Statut des transdanubischen Distrikts enthält hierüber keine Verfügung.

Die auf die Unterbreitung der Offerte und auf die Kandidation bezüglichen Anordnungen des Pfarrerrwahlstatuts sind auch im Falle des zweiten Aufrufes zu beachten.

Die kandidierende Körperschaft ist berechtigt, die Kandidaten im Wege des Seniors zur Probepredigt einzuladen, weshalb sie sich gleichzeitig mit der Kandidierung dahin zu erklären hat, ob sie sich dieses Rechtes bedienen will oder nicht, stellt im ersteren Falle die Namenliste der Einzuladenden fest und hört jeden in diese Liste aufgenommenen Kandidaten an.

Die kandidierende Körperschaft kann auch die Einladung von weniger als vier Kandidaten und nach Anhörung des Einzeladenen die Einladung eines anderen Kandidaten beschliessen<sup>1</sup>.

Die Reihenfolge der Probepredigten stellt die kandidierende Körperschaft im Einvernehmen mit dem Senior, beziehungsweise im cisdanubischen Distrikte ausschliesslich der Senior fest.

Die Probepredigt des Kandidaten findet vor dem Senior, beziehungsweise vor dem seitens des Seniors entsandten Kommissär statt.

Die Reisespesen der zu einer Probepredigt eingeladenen Kandidaten und entsendeten Kommissäre werden in einer von dem Seniorats-Vorstande festgesetzten Summe von der Kasse der Kirchengemeinde gedeckt<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Die letztere Bestimmung ist in dem Statut des cisdanubischen Distrikts nicht enthalten.

<sup>2</sup> Im Theiss-Distrikte sind dieselben im Voraus zu liquidieren.



Ohne Einladung des Seniors und auf eigene Kosten zur Probepredigt zu kommen oder die bereits behobenen Reisespesen rückzuerstatten ist strengstens verboten.

Der zur Probepredigt eingeladene Kandidat kann die Abhaltung der Probepredigt auch verweigern, ohne deswegen aus der Reihe der Kandidaten ausgeschlossen werden zu können.

Nach dem Pfarrerwahlstatut (§ 19) des transdanubischen Distrikts ist die Probepredigt ordnungsmässig verboten und kann nur in Ausnahmefällen von dem Distrikts-Vorstande gestattet werden. —

### Die Wahl.

Das ordentliche Pfarramt ist — mit Ausnahme des Falles des § 320 der KV. — innerhalb eines halben Jahres vom Tage der Erledigung gerechnet im Wege der Wahl zu besetzen (§ 71 der KV.).

Die Wahlversammlung, deren Tag vom Seniorats-Vorstande anberaumt wird, und welche ordnungsmässig in der Kirche, Schule oder im Bethause stattfindet, ist wenigstens eine Woche früher anlässlich des Gottesdienstes von der Kanzel mit Angabe des Gegenstandes zu verkünden (§ 40) und den in den Tochtergemeinden ersten und zweiten Ranges, wie auch in den Diasporen und ausserhalb der Gemarkung der Kirchengemeinde (§ 34 bis 40) wohnhaften Gemeindemitgliedern überdies nach der lokalen Gepflogenheit gemäss auch besonders bekanntzugeben.

Mitglieder der Wahlversammlung sind:

a) vermöge ihres Amtes: der Inspektor und Vize-Inspektor, der ordentliche oder stellvertretende Pfarrer, beziehungsweise die Pfarrer und die Kapläne der Kirchengemeinde, die durch die Kirchengemeinde angestellten Religionslehrer, Kuratoren, Kassiere, Notäre, Rechtsanwälte, Kontrolleur und die an den von der Kirchengemeinde erhaltenen und — mit Ausnahme des cisdanubischen Distrikts — an den in der Gemarkung der Kirchengemeinde befindlichen nicht evangelischen Lehranstalten wirken-



den evang. Professoren, Lehrer und Kantore (Leiter des Gesanges) Augsb. Konfession.

Im Sinne der Statuten des transdanubischen Distrikts sind die ordentlichen Stellvertreter und Hilfspfarrer nur in dem Falle Mitglieder der Wahlversammlung, wenn sie an derselben kein Interesse haben.

b) Die an den Gemeindelasten mittragenden grossjährigen und selbständigen männlichen Mitglieder der Kirchengemeinde, die im Vorjahre mit ihrer Kirchensteuer nicht im Rückstande sind; in solchen Kirchengemeinden dagegen, in welchen die Gemeinde-Mitglieder keine Kirchenlasten zu tragen haben, alle grossjährigen oder selbständigen männlichen Mitglieder der Kirchengemeinde (§ 41 der KV.).

In den Montan-, cisdanubischen- und transdanubischen Distrikten können jene wahlberechtigten Mitglieder der Kirchengemeinde, die ausserhalb der Gemarkung der Kirchengemeinde wohnen, ferner die selbständigen oder in gemischter Ehe lebenden evang. Frauen augsb. Konfession, falls sie zur Erhaltung der Gemeinde beitragen, sich durch ein beliebiges berechtigtes Mitglied dieser Wahlversammlung vertreten lassen; der Bevollmächtigte kann jedoch nur eine Vertretung übernehmen. Nach dem Statut des Montandistrikts ist diese Vollmacht acht Tage vor der Wahl einem Mitgliede des lokalen Vorstandes zu überreichen, oder falls derselbe nicht dortselbst wohnhaft wäre, bei dem Präsidenten der die Wählerliste konskribierenden Kommission <sup>1)</sup>.

Im Theiss-Distrikte können sich die wahlberechtigten selbständigen oder in gemischter Ehe lebenden evang. Frauen-Kirchenmitglieder Augsb. Konfession, die zur Erhaltung der Gemeinde beitragen (§ 42 der KV.) in der Wahlversammlung durch ein beliebiges berechtigtes Mitglied derselben vertreten lassen und

<sup>1)</sup> Die Vollmacht pflegt schriftlich ungestempelt und von zwei Zeugen vidimiert eingereicht zu werden.



zwar derart, dass sie ihr von zwei Zeugen beglaubigtes Votum im Laufe der Abstimmung durch ihren Bevollmächtigten dem Präsidium schriftlich überreichen, oder derart, dass ihr Bevollmächtigter statt ihrer auch wörtlich abstimmt, in welchem letzterem Falle jedoch ein Bevollmächtigter nur eine Vertretung übernehmen kann, aber auch diese nur unter der Bedingung, wenn er seine Vollmacht an dem vom Präsidium vorher bestimmten Orte beziehungsweise Zeitpunkte vor der Wahl dem Wahlpräsidium überreicht hat; Zeit und Ort dessen muss gleichzeitig mit der Verkündung der Zeit der Wahlversammlung von der Kanzel verkündet werden.

In der Kirchengemeinde-Versammlung, welche die Erwählung des Pfarrers zum Zwecke hat, führen den Vorsitz der Senior oder der Bevollmächtigte desselben, oder der Senioral-Inspektor oder dessen Vertreter (§ 68 der KV.).

Das Präsidium:

a) befragt die Wähler, ob diese Versammlung in der im Pfarrerwahlstatut vorgeschriebenen Weise<sup>1</sup> einberufen wurde? Das Statut des transdanubischen Distrikts schreibt dies nicht vor;

b) veranlasst, falls der Schriftführer nicht anwesend oder seine Stelle leer ist, die Wahl eines Schriftführers für die Dauer der Versammlung.

Die Abstimmung geschieht auf Grund der bereits rechtsgültig festgestellten Wählerliste.

Nach den Statuten der Montan-, transdanubischen- und cisdanubischen Distrikte verliert das Präsidium die auf Grund des Pfarrerwahlstatuts zusammengestellte Liste der Versammlungsmitglieder und stellt dieselbe mit Berücksichtigung der eingelangten und von den oberen Behörden berechtigt erkannten Einwendungen endgültig fest.

Wer in dieser endgültig festgestellten Liste der Versammlungsmitglieder nicht enthalten ist, kann kein Stimmrecht ausüben;

<sup>1</sup> Siehe die 2. Alinea des gegenwärtigen Artikels.



c) legt die Liste der Kandidaten vor und lässt dieselben zur Wahl vor;

d) erklärt denjenigen Kandidaten, der die allgemeine Mehrheit der Wahlstimmen gewann, als gesetzlich erwählten Pfarrer der Kirchengemeinde (§ 69 KV.);

e) legt den für den Erwählten schon im Voraus bestimmten Berufungsbrief vor und lässt denselben ergänzen beziehungsweise ausstellen.

f) nimmt über der Ablauf der Wahlversammlung sofort am Schauplatze in zwei Exemplaren ein Protokoll auf, unterfertigt dasselbe selbst und lässt es auch von den durch die Versammlung hiezu bestellten sechs Mitgliedern unterschreiben, übersendet ein Exemplar desselben an die Kirchengemeinde und hinterlegt das andere im Archiv des Seniorats; im Montan-, transdanubischen- und cisdanubischen Distrikte kann das der Kirchengemeinde zu übermittelnde Protokoll auch in beglaubigter Kopie ausgestellt werden;

g) von dem Ablauf und Ergebnis der Wahl hat der Senior den Bischof unverzüglich zu verständigen.

Die Wahl geschieht falls mehrere Kandidaten ihre Partei haben, durch Abstimmung, im entgegengesetzten Falle durch Akklamation.

Die Abstimmung ist unbedingt anzuordnen, wenn sie von 10 oder mehr als 10 Wählern verlangt wird.

Die Wahl ist im Theissdistrikte öffentlich, hingegen kann in den anderen Distrikten unter den nachfolgenden Modalitäten auch eine geheime Abstimmung stattfinden.

Die öffentliche Abstimmung geschieht in der Weise, dass jeder Wähler der endgültig festgestellten Namenliste gemäss besonders aufgerufen wird, worauf nach erfolgter Feststellung der Identität durch die von der Versammlung mit Berücksichtigung der einzelnen Parteien gewählten drei Vertrauensmänner, beziehungsweise im cisdanubischen Distrikte durch mindestens je zwei Vertrauensmänner der einzelnen Parteien, der Wähler dem



Präsidium wörtlich seine Stimme abgibt. In dem Montan-, cisdanubischen- und transdanubischen Distrikte ist das Votum bei dem Schriftführer unter Kontrolle des Präsidiums abzugeben. Im Montandistrikte können in grösseren Kirchengemeinden auch mehrere Skrutiniums-Kommissionen entsendet werden. Die Abstimmung hat ohne Unterbrechung stattzufinden. Nach dem Aufrufe des letzten Wählers der Liste bestimmt jedoch das Präsidium eine viertelstündige Sperrzeit, nach deren Ablauf dasselbe die Abstimmung schliesst, die nachher sich meldenden Wähler nicht mehr zur Abstimmung lässt, sondern die Stimmen zusammenrechnet und das Ergebnis sofort verkündigt.

Erhält kein einziger der Kandidaten die allgemeine Mehrheit, so ordnet der Vorstand hinsichtlich derjenigen zwei Kandidaten, auf welche die meisten Stimmen fielen, sofort die neue Abstimmung an.

Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet in dem Theiss- und Montandistrikte der Kirchengemeinde-Inspektor und falls dieser nicht zugegen wäre oder sich seiner entscheidenden Stimme nicht bedienen sollte, das Los.

Im cisdanubischen und transdanubischen Distrikte entscheidet im Falle der Stimmengleichheit das Los.

Eine geheime Abstimmung kann in dem dieselbe gestatten den Montan-, cisdanubischen- und transdanubischen Distrikte bei folgenden Modalitäten stattfinden.

Im Montandistrikte kann die geheime Abstimmung auf vor der Eröffnung der Versammlung schriftlich eingereichten Wunsch von wenigstens 20 Wählern, jedoch nur in dem von dem Präsidium der Pfarrerwahlversammlung annehmbar erachteten Fällen gestattet werden und geschieht mittelst persönlich abgegebenen Stimmzetteln. In dem transdanubischen Distrikte ordnet der Präsident auf Verlangen von wenigstens 20 Wählern die geheime Abstimmung an, welche in der Weise geschieht, dass jeder Wähler nach der Liste besonders aufgerufen wird und nachdem er seine Identität in der obigen Weise legitimiert hat, seinen den



Namen der Kandidaten enthaltenden Stimmzettel zusammengefaltet dem Präsidium überreicht. Das Präsidium ist verpflichtet sich davon zu überzeugen, dass nur ein Stimmzettel abgegeben wurde, und den Namen des Wählers behufs Kontrolle in der Liste der Wähler zu bezeichnen.

Sowohl in dem Montandistrikte, wie in dem transdanubischen Distrikte sind diejenigen Stimmzettel, welche leer, oder unleserlich beschrieben, oder mit dem Namen eines nicht kandidierten Individuums oder mit den Namen mehrerer Kandidaten abgegeben werden, ungültig und werden bei dem Zusammenzählen der Stimmen nicht gerechnet. Nach Verkündigen des Ergebnisses der Abstimmung schliesst das Präsidium die Stimmzettel in der Versammlung sofort in ein Paket, siegelt dasselbe mit dem Siegel des Seniorats und der Kirchengemeinde und verwahrt es bis die Wahl in Rechtskraft erwächst. Im übrigen sind die auf die öffentliche Abstimmung bezüglichen Regeln massgebend.

Im cisdanubischen Distrikte kann die geheime Abstimmung auch mit Stimmzetteln oder Kugeln geschehen, die Art des Verfahrens wird durch das lokale Statut festgesetzt.

In den Montan- und cisdanubischen Statuten ist es auch besonders vorgeschrieben, dass wenn der Erwählte noch nicht eingeweiht wäre, er sich zu diesem Behufe sofort bei dem Bischofe melden und die zur Einweihung nötigen Urkunden, Zeugnisse, den Berufungsbrief und den beglaubigten Auszug des Wahlprotokolls dem Bischof vorzulegen hat, ansonsten ist die Wahl nichtig.

Der ordentliche Pfarrer wird lebenslänglich gewählt (§ 69 KV.). Die Kirchengemeinde beziehungsweise im transdanubischen Distrikte der Missionskreis, welcher das Pfarramt, innerhalb eines halben Jahres von dem Tage der Erledigung gerechnet nicht besetzt, wird seitens der Seniors und im Falle der Erfolglosigkeit über Meldung des Seniors seitens des Bischofs nebst Anberaumung einer Frist von wenigstens sechs Wochen zur Pfarrerwahl angewiesen.



In einer solchen Kirchengemeinde, welche bis zum Ablauf des von dem Bischof anberaumten Termins keinen Pfarrer erwählt hat, sendet der Bischof einen Stellvertreter (§ 71 KV.). Im Theissdistrikte geschieht die Entsendung eines Stellvertreters auf Empfehlung des Seniorats-Vorstandes, im cisdanubischen Distrikte bestimmt der Bischof nach Vernehmung der Interessenten, ob der Stellvertreter das ganze pfarrämtliche Einkommen oder nur eine gewisse Quote desselben erhalten soll?

Die Besetzung des Pfarramtes kann nach dem Pfarrerwahlstatut des Theiss-, Montan- und cisdanubischen Distrikts auch im Wege des Tausches geschehen und zwar in folgender Weise:

Ordentliche Pfarrer können mit vorheriger Zustimmung des Bischofs ihre Stellen vertauschen.

Zu einem rechtsgültigen Tausche ist überdies notwendig, dass die zuständige Gemeinde-Versammlung in die Absicht der zu tauschen wünschenden Pfarrer im Wege der ordentlichen Wahl einwillige und der zuständige Seniorats-Vorstand beider dies bestätige und genehmige.

Der Berufungsbrief bleibt auch im Falle des Tausches unverkürzt in Geltung.

Ein unter den zu tauschen beabsichtigenden hinsichtlich des pfarrämtlichen Einkommens zustande gekommene überlassendes oder nachsehendes Uebereinkommen ist verboten und nichtig. Gegen die Uebertreter dieses Verbots strengt der Seniorats-Vorstand das Disziplinar-Verfahren an und kann auch die Suspendierung derselben anordnen.

Das Statut des transdanubischen Distrikts enthält über den Stellentausch keine Verfügung.

#### Der Berufungsbrief.

Der Berufungsbrief (Vocator) enthält sämtliche dem erwählten Pfarrer nach seinem Amte zustehende Jahresgebühren und seine — ausser den in den Kirchengesetzen beziehungsweise Regeln vorgeschriebene Pflichten — festgestellten Agenden.



Die gesamten dem ordentlichen Pfarrer von Amts wegen zukommenden jährlichen Bezüge können — eine anständige Wohnung samt Garten nicht hinzugerechnet — nicht unter 800 Fl. betragen (§ 237 der KV.); ausserdem ist die erhaltende Körperschaft verpflichtet, die gebührende Wohnung des Pfarrers, sowie die ihm zur Nutzniessung oder Benützung überwiesenen Gebäude und Grundstücke, die intravillan Gründe eingefriedet (§ 231 der KV.) in gutem Stande zu erhalten (§ 235 der KV.), und die auf all diese Gebäude und Grundstücke, Kirchenfelder und Wiesen und sonstige Liegenschaften entfallenden gesamten Kommunal-lasten, staatliche und andere Steuern und Gebühren u. s. w. zu tragen, die den Pfarrer nach seiner Person belastende öffentliche Arbeit, welcher Art immer, zu ersetzen oder statt seiner verrichten zu lassen (§ 235 der KV.).

Die Einkünfte des von seinem Amte geschiedenen beziehungsweise verstorbenen Pfarrers — (insofern sie von der kirchlichen Obrigkeit dieses Pfarrers, eventuell mittelst eines über den Besuch des Oberhirten aufgenommenen Protokolls bestätigt wurden, ob sie nun auf einem Berufungsbriefe oder einem einfachen Versammlungsbeschlusse oder auf der Gewohnheit beruhen — können mit Ausnahme der eventuell nur der Person geltenden Bezüge weder herabgesetzt noch dem Nachfolger teilweise oder gänzlich entzogen werden, sondern sind in dem Berufungsbriefe des Nachfolgers vollinhaltlich aufzunehmen (§ 44 der KV.) mit Ausnahme des Falles wenn nach Verfügung des § 30 der KV. die entvölkerten oder verarmten Gemeinden vereinigt werden, oder über zehntausend Seelen zählende Gemeinden in Pfarrkreise geteilt werden, in welchen Fällen mit Berücksichtigung des § 237 der KV. stets ein neuer Berufungsbrief zu verfassen ist.

Dasselbe bringt der kürzer gefasste § 22 des Statuts des transdanubischen Distrikts zum Ausdruck, welches bestimmt, dass der Berufungsbrief in den erwähnten Fällen nur mit Genehmigung des Senioral- und Distriktual-Konvents herabgesetzt werden kann.



Aus der rechtlichen Natur des Berufungsbriefes folgt, was der Montandistrikt ausdrücklich ausspricht, dass die Herabsetzung des Berufungsbriefes denjenigen Pfarrer, bzw. dessen Berufungsbrief, nicht berühren kann, den die Einteilung in Pfarrkreise bereits in seinem Amte traf.

Wenn aber in dem Berufungsbriefe des von seinem Amte geschiedenen und verstorbenen Pfarrers Bestimmungen enthalten wären, welche erfahrungsgemäss unausführlich oder zur Hervorufung eines Zwistes geeignet sind, ist der Senior verpflichtet, die Abänderung dieser Bestimmungen und die Ersetzung der auf denselben beruhenden Bezüge durch ein entsprechendes Aequivalent zu fordern.

Ebenso ist der Senior verpflichtet, mit seinem persönlichen Einflusse dahin zu wirken, dass die, die Mitglieder der Kirchengemeinde oder des Missionskreises im Interesse des Pfarrers belastenden Feldarbeiten und persönlichen Dienstleistungen auf Grund eines in Baarem abzustattenden Aequivalents abgelöst werden (§ 322 der KV.).

Der Entwurf des Berufungsbriefes wird durch das Presbyterium verfasst und von der Gemeindeversammlung festgestellt. Wenn derselbe dem obigen Erfordernisse entspricht, so genehmigt ihn der Senior, im entgegengesetzten Falle gibt er ihn der Kirchengemeinde nebst seinen Bemerkungen behufs neuerer Verfassung zurück.

Nach den Statuten der Theiss- und Montandistrikte kann gegen den in Angelegenheit der neueren Verfassung des Berufungsbriefes erfolgten Beschluss des Seniors binnen 15 Tagen von der Zustellung gerechnet an den Distriktsvorstand beziehungsweise an den Bischof appelliert werden, welcher in der Frage innerhalb 15 Tagen zu entscheiden hat.

Dem gegenüber hat der transdanubische Distrikt nur soviel ausgesprochen, dass gegen den in Angelegenheit der neueren Verfassung des Berufungsbriefes erbrachten Beschluss des Seniors binnen 15 Tagen von der Zustellung gerechnet an den Bischof



appelliert werden könne.

Unseres Dafürhaltens nach ging der cisdanubische Distrikt in der der Kirchenverfassung entsprechendsten Weise vor. Dasselbe wollte — mit Rücksicht darauf, dass die Synode in den §§ 87 und 114 der KV. aussprach, dass in Angelegenheit der Berufungsbriefe für Pfarrer und Lehrer in zweiter respektive dritter Instanz die Senioratsversammlung und beziehungsweise die Distriktsversammlung entscheidet — in seinem Pfarrerwahlstatut das Gesetz nicht überschreiten, sondern schrieb vor, dass gegen den in Angelegenheit der neueren Verfassung des Berufungsbriefes erbrachten Beschluss des Seniors an die Senioratsbeziehungsweise Distriktsversammlung appelliert werden könne<sup>1</sup>.

Der Senior legt den endgültig festgestellten Entwurf des Berufungsbriefes unter Freilassung des Namens und des Ortes der Datierung der Wahlversammlung fertig vor und lässt denselben in dieser Versammlung durch Eintragung des Namens des erwählten Pfarrers, sowie des Datums ergänzen, von dem Inspektor, dem Kurator und Notar der Kirchengemeinde sowie von sechs hiezu entsendeten Mitglieder der Versammlung unterfertigen und mit dem Siegel der Kirchengemeinde versehen. In den Theiss- und cisdanubischen Distrikten versieht beziehungsweise bestätigt der Senior allein, in dem Montandistrikt hingegen samt dem Mitvorstehenden den Berufungsbrief mit der Genehmigungsklausel, seiner Unterschrift und seinem Amtssiegel. Nach dem Pfarrerwahlstatute des transdanubischen Distrikts wird der Berufungsbrief, falls die Wahl innerhalb des regelmässigen Zeitraumes

<sup>1</sup> Ich bin der Ansicht und habe dem in meinem Werke schon an mehreren Stellen Ausdruck gegeben, dass unsere autonomen Körperschaften von dem Gesetzgeber nur innerhalb des Rahmens der Kirchenverfassung zur Schaffung von Statuten ermächtigt worden sind und dass demzufolge die Interessenten in sämtlichen Distrikten berechtigt sind in Angelegenheiten der Berufungsbriefe an die Seniorats-, beziehungsweise Distrikts-Versammlung zu appellieren. Dass sich in einem konkreten Falle auch der Theissdistrikt hiezu bekannte, geht aus dem 18. Punkte des Protokolls der Versammlung vom Jahre 1902 hervor.



nicht angefochten wurde, von dem Senior als seitens des Erwählten annehmbar erklärt, in diesem Sinne klausuliert, mit Unterschrift und Amtssiegel versehen und samt der Meldung über das Wahlverfahren behufs Bestätigung dem Bischof unterbreitet.

In den Montan-, cisdanubischen und transdanubischen Distrikten wird die Unterschrift statt desjenigen Beamten der Kirchengemeinde, dessen Stelle vakant ist, oder der bei der Wahlversammlung nicht zugegen ist, von den hiezu durch die Versammlung erwählten zwei Mitgliedern derselben besorgt, mit Ausnahme des Schriftführers, statt dessen in solchen Fällen der erwählte stellvertretende Schriftführer den Berufungsbrief unterschreibt. Im Theissdistrikte unterschreiben in solchen Fällen die Vertreter der betreffenden Beamten den Berufungsbrief.

Die Wahl des Pfarrers eines Missionskreises ist in den vier Kirchendistrikten nicht übereinstimmend geregelt, weshalb auch die Ausstellung des Berufungsbriefes in abweichender Weise geschieht. In dem transdanubischen Distrikte geschieht sie ebenso, und durch dieselben Personen wie in der Muttergemeinde.

In dem Montandistrikte bestimmt den Berufungsbrief des Missionskreis Pfarrers mit Zustimmung der Versammlung des Missionskreises und mit bestätigender Genehmigung des Bischofs die Senioratsversammlung und unterschreiben denselben der Vorstand und die Schriftführer derselben, worauf der Berufungsbrief auch mit dem Amtssiegel des Missionskreises und des Seniorats versehen wird.

Nachdem in dem cisdanubischen Distrikte der Missionskreis pfarrer von den stimmberechtigten Mitgliedern des Missionskreises beziehungsweise von der zuständigen Senioratsversammlung gewählt wird, wird dessen Berufungsbrief im ersteren Falle von der Missionskreisversammlung mit Intervention des Senioratsvorstandes festgestellt und von dem Bischof bestätigt, im zweiten Falle aber von der Senioratsversammlung festgestellt, von dem Vorstande und Schriftführer derselben unterschrieben, mit dem Amtssiegel des Missionskreises und des Seniorats versehen und von dem Bischofe bestätigt. Gegen den auf diese Weise zustande gekomme-



nen Berufungsbrief ist eine Appellation an die Distriktsversammlung statthaft, welche endgültig entscheidet.

Im Theissdistrikte, wo der Missionskreispfarrer von der Senioratsversammlung gewählt wird, wird auch der Berufungsbrief desselben von der Senioratsversammlung festgesetzt, von dem Vorstände und Schriftführer derselben unterschrieben und mit dem Amtssiegel des Seniorats versehen.

Wenn die Wahl bestätigt oder gegen die Gültigkeit derselben innerhalb der regelmässigen Frist keine Klage eingereicht wurde, übersendet der Senior den Berufungsbrief dem erwählten Pfarrer.

Der erwählte Pfarrer ist verpflichtet binnen 15, beziehungsweise im transdanubischen Distrikte binnen 30 Tagen von dem Empfange des Berufungsbriefes gerechnet, hinsichtlich der Annahme des Berufungsbriefes sich zu äussern; im entgegengesetzten Falle, sowie auch dann, wenn er den Berufungsbrief annahm, später jedoch sich weigert, das Pfarramt anzutreten, ferner in den Montan-, cisdanubischen und Theissdistrikten auch dann, wenn er die Annahme des erlangten Pfarramtes an Bedingungen knüpft, verliert der Berufungsbrief seine Geltung und hat der Pfarrer die aus dem Kostenverzeichnisse feststellbaren sämtlichen Wahlkosten zu tragen<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Nach dem Statut des Montandistrikts auch dann, wenn er das Pfarramt, zu welchem er erwählt wurde, ausschlägt. Der Natur der Sache entsprechend und auch nach der von den Distrikten bisher ausgeübten Praxis bildet es eine vollkommen genügende Grundlage zur Anullierung des Berufungsbriefes und zur Aussprechung der Tragung der Kosten, wenn sich der erwählte Pfarrer innerhalb der festgesetzten Frist bezüglich der Annahme des Berufungsbriefes nicht äussert, oder nach Annahme desselben sich weigert, das Pfarramt anzutreten. Die in den Statuten der einzelnen Distrikte aufgezählten übrigen Gründe sind schon in diesen beiden enthalten. Die Stellung von Bedingungen — gegenüber den in der Konkursauschreibung enthaltenen und im Berufungsbriefe aufgenommenen Bedingungen — sowie das Schweigen ist als Ablehnung des Berufungsbriefes beziehungsweise des Pfarramtes identisch anzusehen. Meiner Ansicht nach ist auch der Pfarrer zu verhalten, welcher sich beworben oder sich auf andere Weise über die Annahme des in Rede stehenden Pfarramtes für den



Zweck und Begründung dieser Verfügung besteht darin, dass derjenige Pfarrer, der die einmal stattgefundene Pfarrerwahl durch einen nachträglich geänderten Entschluss erfolglos macht und hiedurch der betreffenden Kirchengemeinde zwecklose Kosten verursacht, diese Kosten zu ersetzen verpflichtet ist<sup>1</sup>.

Das Präsidium der wahlberechtigten Versammlung verfügt in solchen Fällen bezüglich der Neuwahl.

#### Die Anfechtbarkeit der Wahl.

Gegen die Gültigkeit der Wahl (§ 329 e der KV.) kann innerhalb 15 Tagen, von jenem Tage an gerechnet, an welchem die angefochtene Wahl stattgefunden hat (§ 331 KV.) nur von den Mitgliedern der Wahlversammlung oder von dem durch den Senior bestellten amtlichen Rechtsanwalt (§ 395 KV.) bei dem Senior eine Klage eingebracht werden.

Auf Grund der von einem oder mehreren Mitgliedern der Wahlversammlung eingebrachten Klage kann das Verfahren nur dann eingeleitet werden, wenn die Eingebler der Klage zur Sicherstellung der auftauchenden Kosten die von dem Seniorats-Präsidium mit 100—200 Kronen festgestellte Kautionskasse eingezahlt haben.

Insofern die Einzahlung innerhalb 8 Tagen von der Zustellung der über die Feststellung des Kautionsbetrages erlassenen Verständigung nicht erfolgt, ist die Partei als von der Klage abgestanden zu betrachten und die Klage derselben rückzuerstatten.

Das Kirchen-Gericht kann die Wahl entweder bestätigen oder annullieren (§ 417 KV.).

Der Urheber der Ungültigkeit der Wahl ist in der Regel auch zur Tragung der Prozesskosten zu verurteilen; überdies bleibt gegen ihn auch das Klagerecht auf Ersatz der Wahlkosten aufrecht (§ 417 KV.).

Fall seiner Erwählung geäußert hat und dennoch vor oder nach Empfang des von der Wahlversammlung ausgestellten Berufungsbriefes abdankt.

<sup>1</sup> Siehe Beschluss der im Jahre 1902 stattgefundenen Versammlung des Theissdistrikts; Punkt 18 des Protokolls.



Das Statut des Theissdistrikts bestimmt, dass das Gericht nach freiem Ermessen darüber entscheidet, wer die Kosten zu tragen hat.

Nach annullierter Wahl lässt das zur Leitung der Wahlversammlung berufene Präsidium durch die zur Wahl berechtigte Körperschaft, gemäss den Bestimmungen des Pfarrerwahlstatuts, die Neuwahl vornehmen, und hat dasselbe in dem Falle, wenn die Annullierung der Wahl infolge einer durch sein eigenes Unterlassen entstandenen Vorschriftswidrigkeit erfolgte, diese Vorschriftswidrigkeit zu beseitigen.

In den Theiss-, Montan- und transdanubischen Distrikten schliesst das Präsidium in solchen Fällen den Urheber der Erfolglosigkeit der Wahl von der Reihe der Kandidaten, eventuell auch von der Reihe der Wähler aus.

Wenn die Senioratsversammlung, beziehungsweise deren Präsidium die Wähler waren, so ist die Klage auf Annullierung der Wahl innerhalb 15 Tagen im Wege des Bischofs bei dem Distriktualkonsistorium einzureichen.

Die Vorschriften bezüglich des Verfahrens sind dieselben.

Das Statut des cisdanubischen Distrikts betont besonders, dass das Distriktualkonsistorium in solchen Angelegenheiten endgültig entscheidet.

Im transdanubischen Distrikte war eine solche Verfügung unnötig, nachdem hier der Pfarrer des Missionskreises von der Missionskreisversammlung gewählt wird, demzufolge berührter Fall ausgeschlossen ist. Hingegen spricht das Statut des transdanubischen Distrikts aus, dass das Seniorats- beziehungsweise Distriktspräsidium oder ein Mitglied derselben zur Tragung der Kosten nur in dem Falle verurteilt werden kann, wenn die zweifellosen Beweise gebracht werden, dass die Benannten schlechtgläubig statutswidrig gehandelt haben. Im entgegengesetzten Falle sind die Kosten in dem von dem Konsistorium zu bestimmenden Verhältnisse von dem Kläger der beteiligten Kirchengemeinde und dem Seniorate beziehungsweise Distrikte zu tragen.





### Die Einführung.

Der erwählte neue Pfarrer ist verpflichtet, sein Amt binnen, a dato des Berufungsbriefes beziehungsweise in dem Theiss- und cisdanubischen Distrikte von der Einhändigung desselben gerechnete, drei Monaten anzutreten, wenn er jedoch noch nicht eingeweiht wäre, ist er verpflichtet, vor seiner Uebersiedlung vom Bischofe nebst Vorzeigen des Berufungsbriefes und eines Empfehlungsbriefes des Seniors, sowie der anderen nötigen Urkunden seine Einweihung zu petitionieren.

Die Kosten der Uebersiedlung der Familie des erwählten Pfarrers und der Uebersendung sämtlicher Fahrnisse desselben, sowie seine ämtliche mit der Einweihung und im cisdanubischen Distrikte auch mit der Einführung verbundenen Auslagen zu bezahlen ist die Kirchengemeinde, beziehungsweise in dem Missionskreise die das Pfarramt erhaltende Körperschaft verpflichtet.

Der erwählte Pfarrer wird in sein Amt durch den Senior oder durch den Bevollmächtigten desselben eingeführt (§ 70 KV.).

Bei der Gelegenheit der Einführung wird eine Kirchengemeinde- beziehungsweise Missionskreis-Versammlung abgehalten, an welcher sämtliche mit der Wahl, Einweihung, Uebersiedlung und Einführung aufgetauchten Kosten aufgerechnet und zu Protokoll genommen werden. Diese hat der erwählte Pfarrer, je nachdem er von der Einführung gerechnet, vor Ablauf eines — zwei — oder drei Jahren mit Verlassung dieses Pfarramtes ein anderes Amt annimmt, im Ganzen in zweidrittel Teile oder ein eindrittel Teile zu ersetzen verpflichtet ist.

Wenn er die Einladung einer anderen Kirchengemeinde annimmt, so fällt die Pflicht der Zurückzahlung auf diese einladende Kirchengemeinde.

Nach Ablauf des dritten Jahres kann aber weder der Pfarrer noch die einladende Kirchengemeinde in keiner Quote zur Zurückzahlung dieser Kosten verpflichtet werden.

Durch dieselbe Versammlung wird auch jene Quote fest-



gestellt und zum Protokoll genommen, nach welcher das pfarramtliche Einkommen im Jahre der Einführung zwischen dem Pfarrer und seinem Vorfahren, oder zwischen dem Rechtsnachfolger des Vorfahren geteilt werden soll, damit sie bei dem möglicherweise erfolgenden Ableben oder Uebersiedelung des neuen Pfarrers als Massstab zur Feststellung jener Quote des Einkommens dienen kann, welche ihm oder seiner Familie in seinem letzten Dienstjahre gebühren wird.

Dem neuen Pfarrer gebührt das pfarramtliche Einkommen von dem gesetzlichen Antritt seines Amtes, beziehungsweise in dem Theissdistrikte von dem Tage der Einführung an.

Nach der Einführung übergibt der Senior oder dessen Beauftragter die Fahrnisse der Kirchengemeinde beziehungsweise des Missionskreises, welche unter der Verwaltung des Pfarrers zu stehen pflegen, nebst Inventur behufs Verwahrung dem Neugewählten.

Der Senior nimmt über die Einführung und die derselben folgenden Uebergabe sofort am Schauplatze ein Protokoll auf, übersendet dessen beglaubigte Kopie der Kirchengemeinde beziehungsweise dem Missionskreise und hinterlegt das Originalprotokoll im Archiv des Seniorats<sup>1</sup>.

Er enthebt ferner den oder die für die Zeit der Vakanz beauftragten Pfarrer ihres Auftrages und stellt den neuen Pfarrer, — wenn derselbe Anfänger ist, oder von einem anderen Seniorate kam, in der nächsten Senioratsversammlung vor.

Nach den Statuten des transdanubischen Distrikts hat der Senior oder dessen Beauftragter in dem Falle, wenn der erwählte neue Pfarrer in den Distriktual-Hilfsverein noch nicht eingetreten ist, mit demselben vor der Einführung die auf die hilfsvereinsliche Klassenwahl bezügliche Erklärung zu unterschreiben lassen und dieselbe dem Distriktual-Oberbuchhalter unverzüglich einzusenden.

<sup>1</sup> Im Theissdistrikte sind beide Protokolle im Original auszustellen.



### Der stellvertretende Pfarrer.

Die provisorischen Leiter der in den Muttergemeinden und Missionskreisen ständig erhaltenen selbständigen Pfarrämter sind: stellvertretende Pfarrer (Pfarrverweser).

Ein stellvertretender Pfarrer kann angestellt werden in Kirchengemeinden beziehungsweise Missionskreisen:

a) in welchen wegen grosser Entfernung der benachbarten Kirchengemeinden die benachbarten Pfarrer mit der Stellvertretung nicht betraut werden können;

b) welche nach einem halben Jahre vom Tage der Erledigung des Pfarramtes gerechnet, obschon hiezu gemahnt durch den Senior und Bischof, zur Wahl des Pfarrers durchaus nicht schreiten wollen, einstweilen auf die Dauer eines Jahres;

c) im Sinne der Statuten des Theiss-, Montan- und cisdanubischen Distrikts in solchen Kirchengemeinden, um deren lediges Pfarramt auch nach der zweiten Ausschreibung keine kandidierbare Person sich beworben hat, provisorisch auf die Dauer eines Jahres;

d) deren Pfarrer von seinem Amte mittelst rechtskräftigen Bescheides suspendiert wurde, bis zur Wiedereinsetzung des suspendierten Pfarrers in sein Amt (§ 393 KV.), eventuell im Falle der Amovierung des suspendierten Pfarrers bis zur neueren Besetzung des ledigen Pfarramtes, das heisst bis zum Tage der Einführung des neuen Pfarrers;

e) deren Pfarrer wegen Alters, oder längerer Krankheit in der Ausübung seiner amtlichen Funktionen verhindert ist;\*

f) in solchen Ortschaften, wo dies die Distriktual-Versammlung beziehungsweise im cisdanubischen Distrikte das Distrikts-Präsidium für notwendig erachtet.

Die Pfründe des stellvertretenden Pfarrers wird mittels eines — unter Mitwirkung des Seniorats-Präsidiums und Beachtung des § 329 der KV. — mit dem ordentlichen Pfarrer und der Kirchengemeinde geschlossenen Vertrages eventuell durch richterliches Urteil festgestellt (§ 329 Punkte f) und g)).



Nach dem Statute des cisdanubischen Distrikts wird die Pfründe des stellvertretenden Pfarrers im Falle des Punktes f) von dem Distrikts-Präsidium beziehungsweise von der Distrikts-Versammlung festgestellt, ferner hat das Distrikts-Präsidium im Falle des Punktes f) von seinem Verfahren der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten.

Der nach dem Statute des Theissdistrikts in den Fällen der Punkte a), b) und c), im transdanubischen Distrikte im Falle des Punktes b), und schliesslich im Montandistrikte in den Fällen der Punkte b) und c) nach Feststellung der Pfründe des stellvertretenden Pfarrers eventuell übrigbleibende Teil des ordentlichen pfarramtlichen Einkommens gebührt der allgemeinen Pfarrer-Pensions-Anstalt.

Der stellvertretende Pfarrer wird von den, den erwähnten Erfordernissen entsprechenden Personen im Theissdistrikte auf Empfehlung des Seniorats-Präsidiums von dem Bischofe ernannt (§ 71 KV.), welcher zugleich — im Montandistrikte in Gemeinschaft mit dem Senior — die Zeitdauer bestimmt, auf welche die Ernennung lautet, falls dieselbe in den obigen Punkten nicht in Vornhinein festgesetzt ist. In dieser letzteren Hinsicht verfügt das Statut des cisdanubischen Distrikts an dieser Stelle nicht.

Der stellvertretende Pfarrer wird in sein Amt von dem Senior eingeführt und zwar unter Berücksichtigung der auf die Einführung des ordentlichen Pfarrers bezüglichen Regeln. Von der geschehenen Einführung hat der Senior den Bischof zu verständigen.

Die Stelle des stellvertretenden Pfarrers wird in den bezüglich der Erledigung des ordentlichen Pfarramtes aufgezählten Fällen und mit Ablauf jener Zeitdauer, auf welche der stellvertretende Pfarrer angestellt wurde, beziehungsweise nach den Statuten des transdanubischen und cisdanubischen Distrikts mit Aenderung jener Verhältnisse, in Folge welcher die Stellvertretung nötig ward, ledig.



Im letzteren Falle verfügt nach dem Statut des cisdanubischen Distrikts in Bezug auf die Wiederberufung des stellvertretenden Pfarrers diejenige Behörde, welche in Sachen der Substituierung verfügt hat.

### Der Hilfsprediger.

Die eingeweihte Person (§ 133 KV.), welche die Pfarrfunktionen in einem ordentlichen Pfarramte unter Aufsicht beziehungsweise nach den Weisungen des Führers des ordentlichen Pfarramtes teilweise oder gänzlich ausübt, ist der Hilfsprediger.

Als Hilfspfarrer kann angestellt werden jeder evang. ungarische Staatsbürger Augsb. Konfession, der das 22. Lebensjahr überschritten und einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat, der ferner körperlich und geistig gesund ist, die durch den Generalkonvent festgesetzten Prüfungen bestanden hat und die Amtssprache des Staates, die ungarische, sowie auch jene Sprache, in welcher er der Kirchengemeinde dienen muss, in Wort und Schrift vollständig beherrscht und gegen den eine berechtigte Einwendung auf Grund des „Kandidatur und Probepredigt“ getitelten Artikels nicht erhoben werden kann (§ 65 KV.).

Die Anstellung eines Hilfspfarrers findet mit Intervention des Seniors bei Erledigung oder Organisation einer in einer Kirchengemeinde oder in einem Missionskreise systemisierten Hilfspfarrerstelle statt, ferner provisorisch in dem Falle

- a) wenn die Kirchengemeinde es wünscht, oder
- b) wenn der ordentliche Pfarrer es wünscht und das Seniorats-Präsidium einwilligt<sup>1</sup>,
- c) wenn es die Seniorats-Versammlung, in dringenden Fällen das Seniorats-Präsidium anordnet.

Im Theissdistrikte wird der Hilfspfarrer in Kirchengemeinden von der Versammlung, in Missionskreisen von dem Senior ernannt. Der Senior hat hievon in beiden Fällen den Bischof

<sup>1</sup> Im cisdanubischen Distrikte ist in dem sub b) erwähnten Falle die Einwilligung des Seniorats-Präsidiums nicht erforderlich.



zu verständigen.

Im Montandistrikte geschieht die Wahl des Hilfspfarrers ebenso, doch wird die Wahl beziehungsweise Ernennung vom Bischofe bestätigt. Im transdanubischen Distrikte wird der Hilfspfarrer gewöhnlich auf Grund gegenseitigen Uebereinkommens von dem betreffenden Pfarrer und der Kirchengemeinde beziehungsweise dem Missionskreise mit Wissen und Einwilligung des Bischofs berufen; die Wahl und der Berufungsbrief sind, nachdem der letztere von dem Inspektor und dem Pfarrer unterfertigt wurde, im Wege des Seniors behufs Bestätigung dem Bischofe zu unterbreiten.

Im cisdanubischen Distrikte wird der Hilfspfarrer im Notfalle von der Kirchengemeinde mit Zustimmung des Pfarrers oder von dem Pfarrer mit Zustimmung der Kirchengemeinde erwählt; beide Wahlen geschehen mit Wissen des Seniors und sind von demselben zu bestätigen. Die Kirchengemeinde kann in Ausnahmefällen, wenn sich von dessen Notwendigkeit auch der Senior überzeugt hat, auch dann einen Gehilfen anstellen und wählen, wenn der Pfarrer dagegen wäre, wobei dessen Appellationsrecht an den Bischof unberührt bleibt.

Die auf die Einweihung, auf Einweihungs-, Uebersiedlungs- und Transportspesen und auf den Ersatz derselben bezüglichen Bestimmungen des Distriktual-Pfarrwahlstatuts sind auch auf die Hilfspfarrer anzuwenden.

Den Hilfspfarrer, sowie die Einweihungs-, Uebersiedlungs- und Transportspesen bezahlt, wenn die Stelle systemisiert ist, die Kirchengemeinde; in anderen Fällen verfügt diesbezüglich die zwischen der das ordentliche Pfarramt erhaltenden Körperschaft und dem ordentlichen Pfarrer zustande gekommene Vereinbarung.

Nach den Pfarrwahlstatuten des cisdanubischen und des Montandistrikts kann jedoch der ordentliche Pfarrer wider seinen Willen nicht dazu verpflichtet werden, zur Bezahlung oder zu den Einweihungs-, Uebersiedlungs- und Transportspesen jenes Hilfspfarrers, dessen Anstellung nicht er gewünscht hat, auch



nur teilweise beizutragen. Im transdanubischen Distrikte wird die in Bezug auf die Bezahlung des Hilfspfarrers seitens der Kirchengemeinde beziehungsweise des ordentlichen Pfarrers zu leistende Verpflichtung in dem Falle, wenn die Anstellung des Hilfspfarrers trotz des Widerspruchs des ordentlichen Pfarrers nötig wird, von der Seniorats-Versammlung festgestellt.

Bezüglich des Platztausches der Hilfspfarrer sind im Theissdistrikte die hinsichtlich des Tausches der ordentlichen Pfarrer festgestellten Regeln massgebend. In den Montan- und cisdanubischen Distrikten verfügt bezüglich des Platztausches solcher Hilfspfarrer, die keine systemisierte Stelle innehaben nach Massgabe der Notwendigkeit der Bischof. Bei solchen jedoch, die eine systemisierte Stelle innehaben, sind dieselben Regeln verpflichtend, welche den Platztausch der ordentlichen Pfarrer betreffen. Im transdanubischen Distrikte können Hilfspfarrer mit einander Platz tauschen, wenn in diesem Platztausche die Pfarrer und die Versammlungen der Kirchengemeinden beider Hilfspfarrer sowie der Bischof einwilligen.

Die Hilfspfarrerstelle wird vakant:

a) falls sie systemisiert ist in den hinsichtlich der Erledigung des ordentlichen Pfarramtes vorgeschriebenen Fällen des Distriktpfarrerwahlstatuts;

b) falls sie nicht systemisiert ist, überdies noch mit der Versetzung eventuell mit der wegen vorschriftswidrigen Betragens durch den Bischof erfolgten Amovierung des Hilfspfarrers oder mit Ablauf der Zeitdauer der Anstellung.

Das Pfarrerwahlstatut des Theissdistrikts hebt hervor, dass der Hilfspfarrer im Falle seines vorschriftswidrigen Betragens von dem Senior suspendiert und von dem Bischofe amoviert werden kann<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Was als vorschriftswidriges Betragen anzusehen sei, ist im § 324 der KV. umschrieben.



### Ueber die Kosten, Gebühren, Beteiligtsein. Schlussbestimmung.

Die das Pfarramt erhaltende Körperschaft ist verpflichtet, den auf Grund des Pfarrerwahlstatuts Beauftragten, sowie dem vorgehenden Senior, beziehungsweise dessen Vertreter ihre Fracht- und Reisespesen zu ersetzen und denselben Verpflegung zu gewähren.

Ueber die dem Senior und dem Seniorats-Schriftführer für die Ausstellung und Bekräftigung des Berufungsbriefes zustehenden Gebühren verfügen die Seniorate statutarisch. Das Statut des transdanubischen Distrikts verfügt über die Gebühren nicht.

Wenn der Senior oder der Bischof bei einer Pfarrerwahl in ihrer Person oder durch ihre Familienmitglieder beteiligt sind (§ 342 KV.), sind sie verpflichtet, in der Verrichtung ihrer Aenden gesetzliche Vertreter zu substituieren; das Statut des Theissdistrikts dehnt sich auch auf die Senioral- und Distriktual-Inspektoren aus.

Alle vier Distrikte haben ausgesprochen, dass in den von den Pfarrerwahlstatuten nicht berührten Fällen die Weisung der Distriktsversammlung massgebend sei; in dringenden Fällen verfügt das Distriktspräsidium und erstattet hievon der Distriktsversammlung nachträglich Bericht.



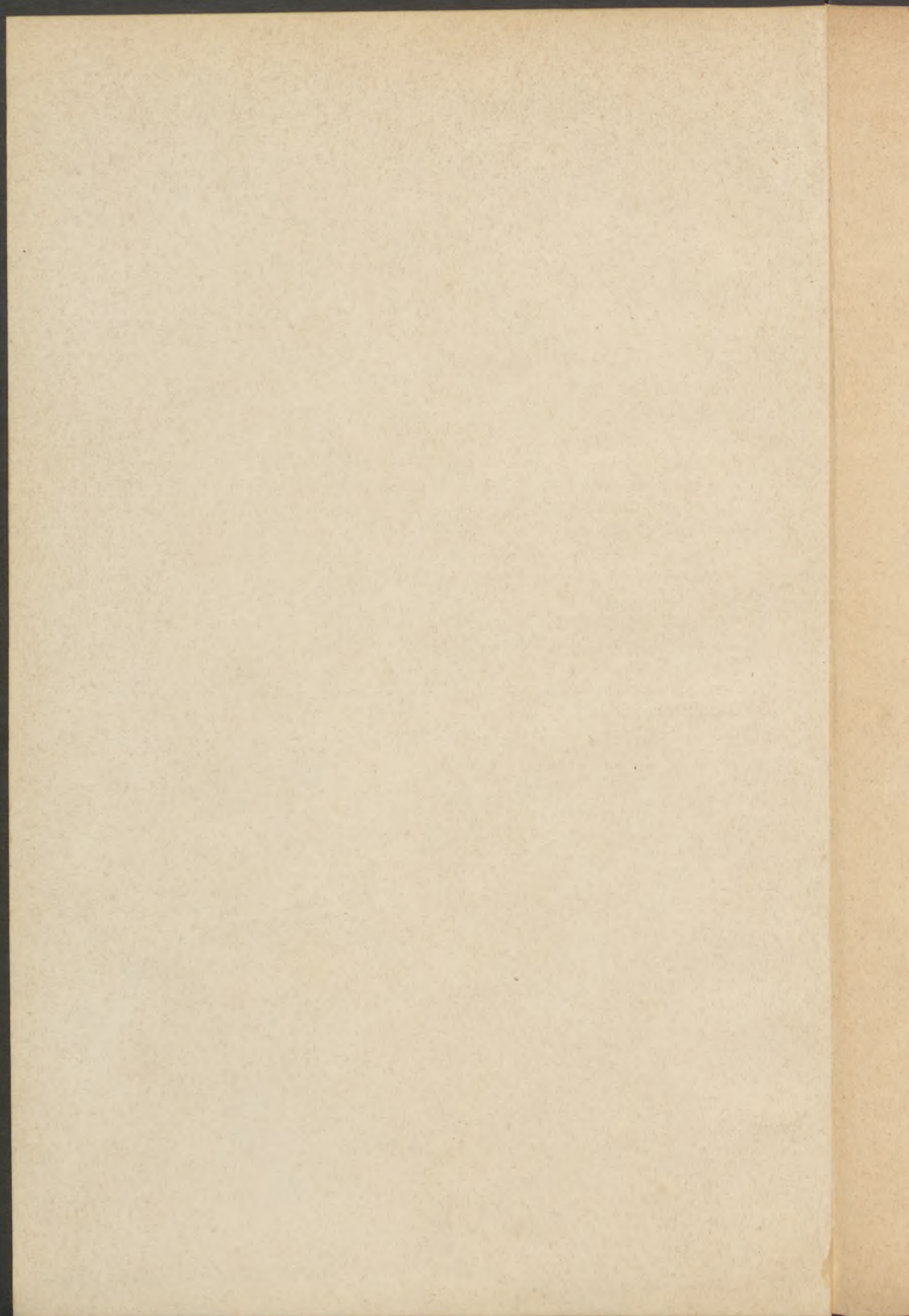
## I n h a l t.

---

	Seite
Einleitung . . . . .	1
Von dem Pfarramte im allgemeinen . . . . .	9
Der ordentliche Pfarrer . . . . .	15
Die Erledigung des Pfarramtes . . . . .	16
Der Wettbewerb . . . . .	27
Die Kandidation und die Probepredigt . . . . .	30
Die Wahl . . . . .	37
Der Berufungsbrief . . . . .	43
Die Anfechtbarkeit der Wahl . . . . .	49
Die Einführung . . . . .	51
Der stellvertretende Pfarrer . . . . .	53
Der Hilfsprediger . . . . .	55
Ueber die Kosten, Gebühren, Beteiligtsein. Schlussbestimmung . . . .	58

---







J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) IN TüBINGEN.

---

Was bedeutet der Uebergang zum  
Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuchs  
für die evangelische Kirche, insbesondere Badens?

Von

Dr. Ulrich Stutz,

o. ö. Professor der Rechte an der Universität Bonn.

8. 1899. M. —.60.

---

Das Münster zu Freiburg i. Br.  
im Lichte rechtsgeschichtlicher Betrachtung.

Von

Dr. Ulrich Stutz,

o. ö. Professor der Rechte an der Universität Bonn.

8. 1901. M. —.80.

---

Die Rechtsnatur des Verlöbnisses  
nach deutschem, bürgerlichem Recht.

Von

Dr. Ulrich Stutz,

o. ö. Professor der Rechte an der Universität Freiburg i. Br.

Heinrich Dernburg zum sechzigjährigen Doktorjubiläum gewidmet.

Groß 8. 1900. M. 2.50.

---

Die Entstehung des Problems Staat und Kirche.

Eine dogmenhistorische Studie zum Verständnis  
der modernen Theologie.

Von

Lic. Dr. W. Köhler,

Professor an der Universität Giessen.

(Sammlung gemeinverständlicher Vorträge und Schriften aus dem Gebiet  
der Theologie und Religionsgeschichte. 35.)

---

Religion und Kirche in England  
im fünfzehnten Jahrhundert.

Von

Dr. Eduard Fueter,

Privatdozent an der Universität Zürich.

Gross 8. 1904. M. 2.—.

---



---

# Deutsche Zeitschrift für Kirchenrecht

herausgegeben von **Friedberg** und **Sehling**.

Preis eines Bandes, von 30 Druckbogen 8° M. 12.—.

== Die Ausgabe eines Bandes erfolgt in 3 Heften. ==

Einzelne Hefte werden nur zu erhöhtem Preise abgegeben.

Abonnements nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten entgegen.

Beiträge zu den Abhandlungen und Miscellen sind an Professor Dr. E. Sehling, Erlangen, Sieglitzhoferstrasse 34, zu richten. Die Manuscripte müssen in vollständig druckfertigem Zustand eingeliefert werden. Die Beiträge der Herren Mitarbeiter werden honoriert. Die Herren Mitarbeiter erhalten 20 Separatabzüge ihrer Beiträge ohne besondere Paginierung gratis geliefert und nach Erscheinen des betreffenden Heftes von der Verlags-handlung franco zugesandt. Eine grössere Anzahl von Separatabzügen kann nur nach Verständigung mit der Verlagshandlung gegen Berechnung angefertigt werden.

Die Redaktion erbittet die Zusendung neuer kirchenrechtlicher Erscheinungen und namentlich auch kirchenrechtlicher Dissertationen, die erfahrungsgemäss nur zu leicht der Aufmerksamkeit entgehen, zu Händen von Geheimer Rat Professor Dr. E. Friedberg, Leipzig, Karl Tauchnitzstrasse 43 (direkt oder durch Vermittelung der Verlags-handlung). So eingesendete Bücher werden auf alle Fälle in die Literatur-Uebersicht aufgenommen und dabei besonders hervorgehoben.

**Die Herausgeber.**

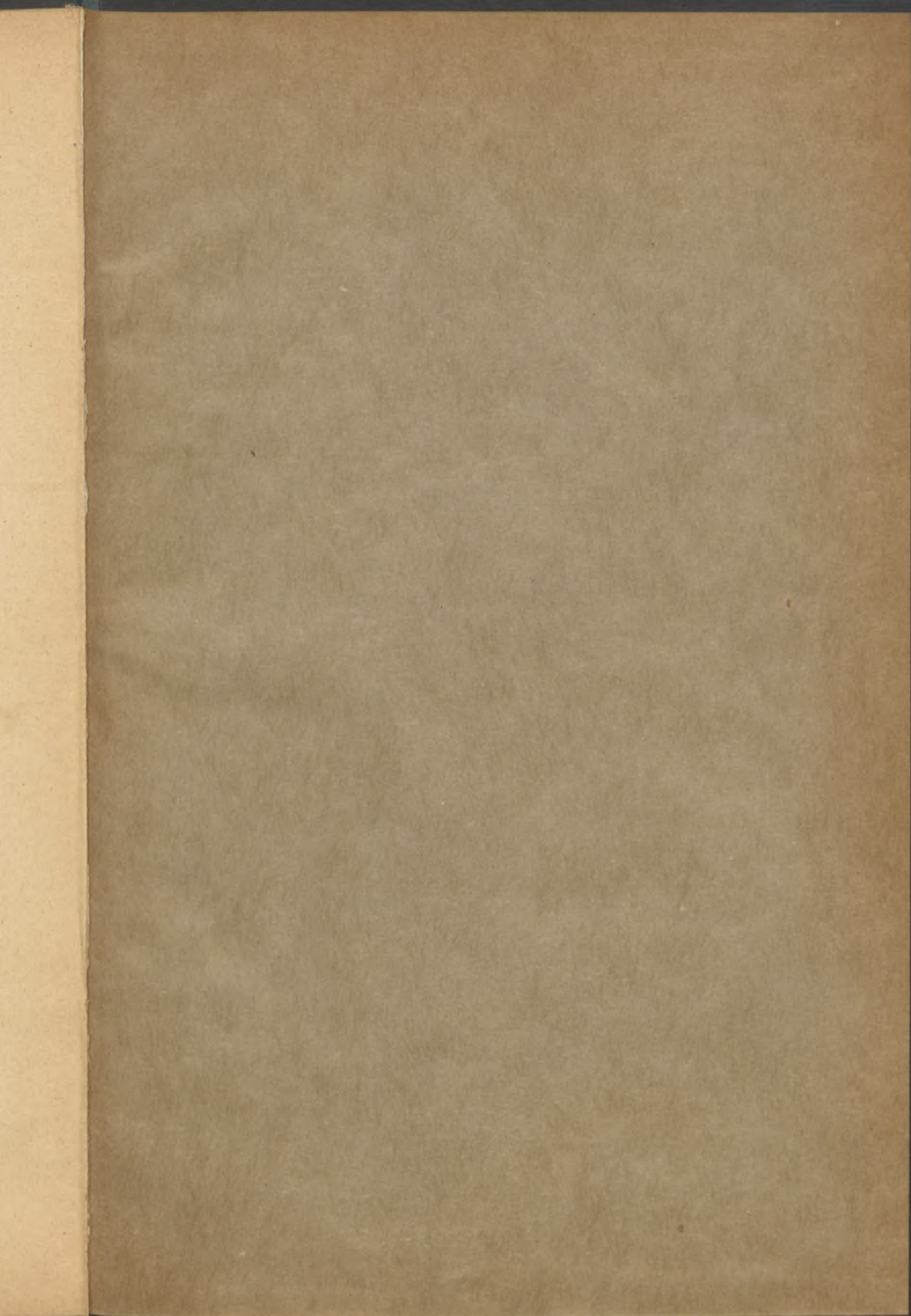
**Die Verlagshandlung.**

---

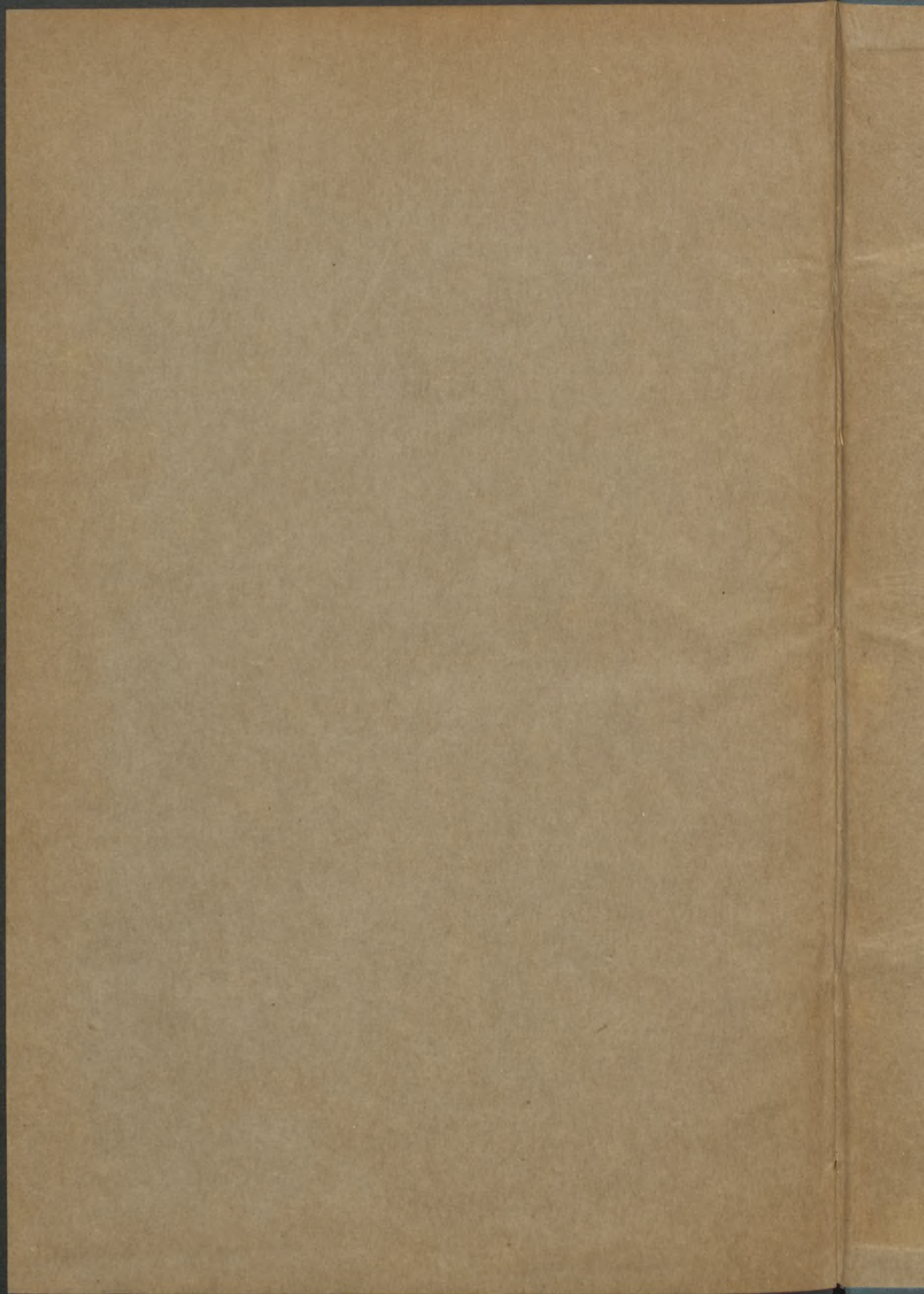
Druck von H. Laupp jr in Tübingen.



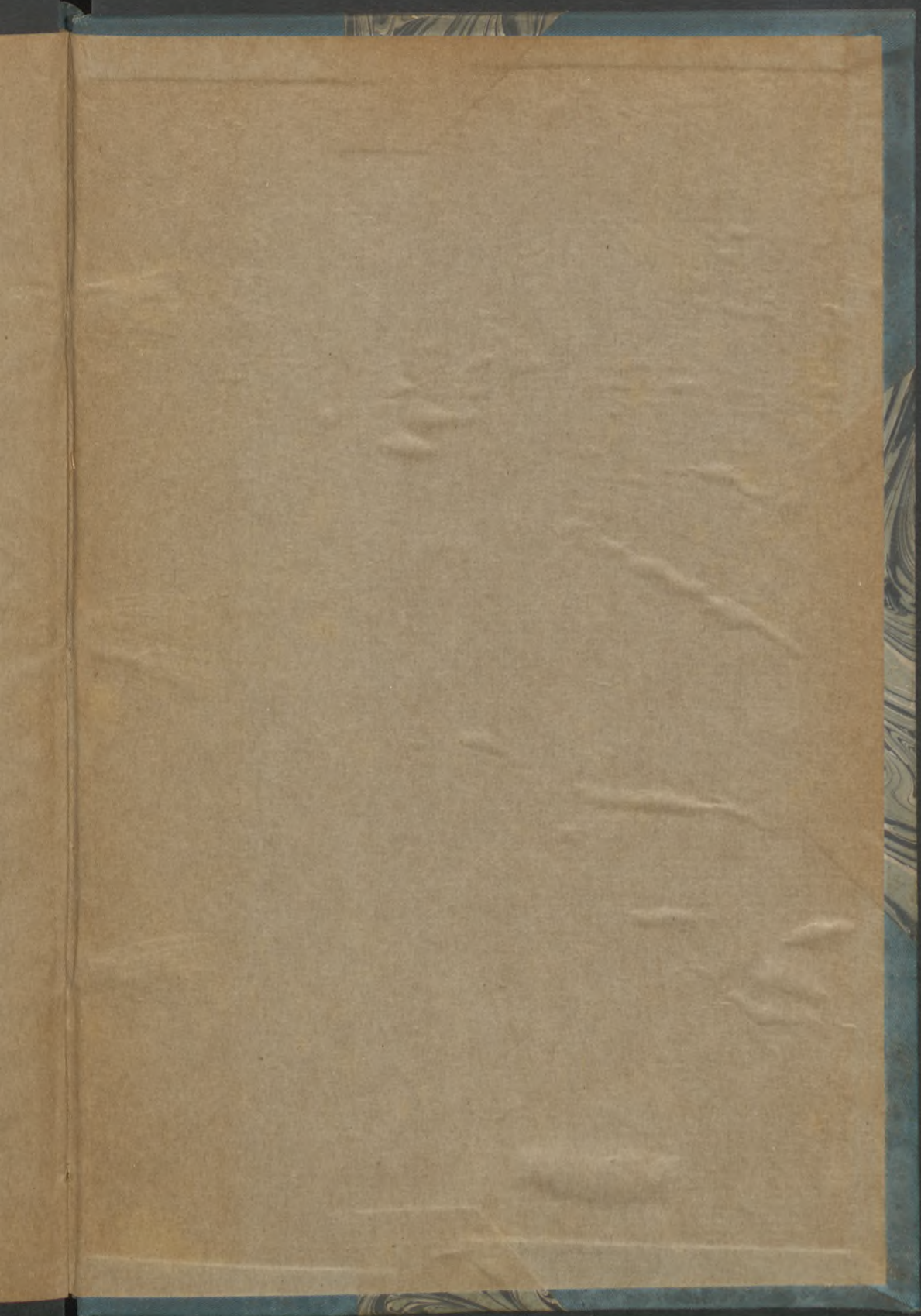




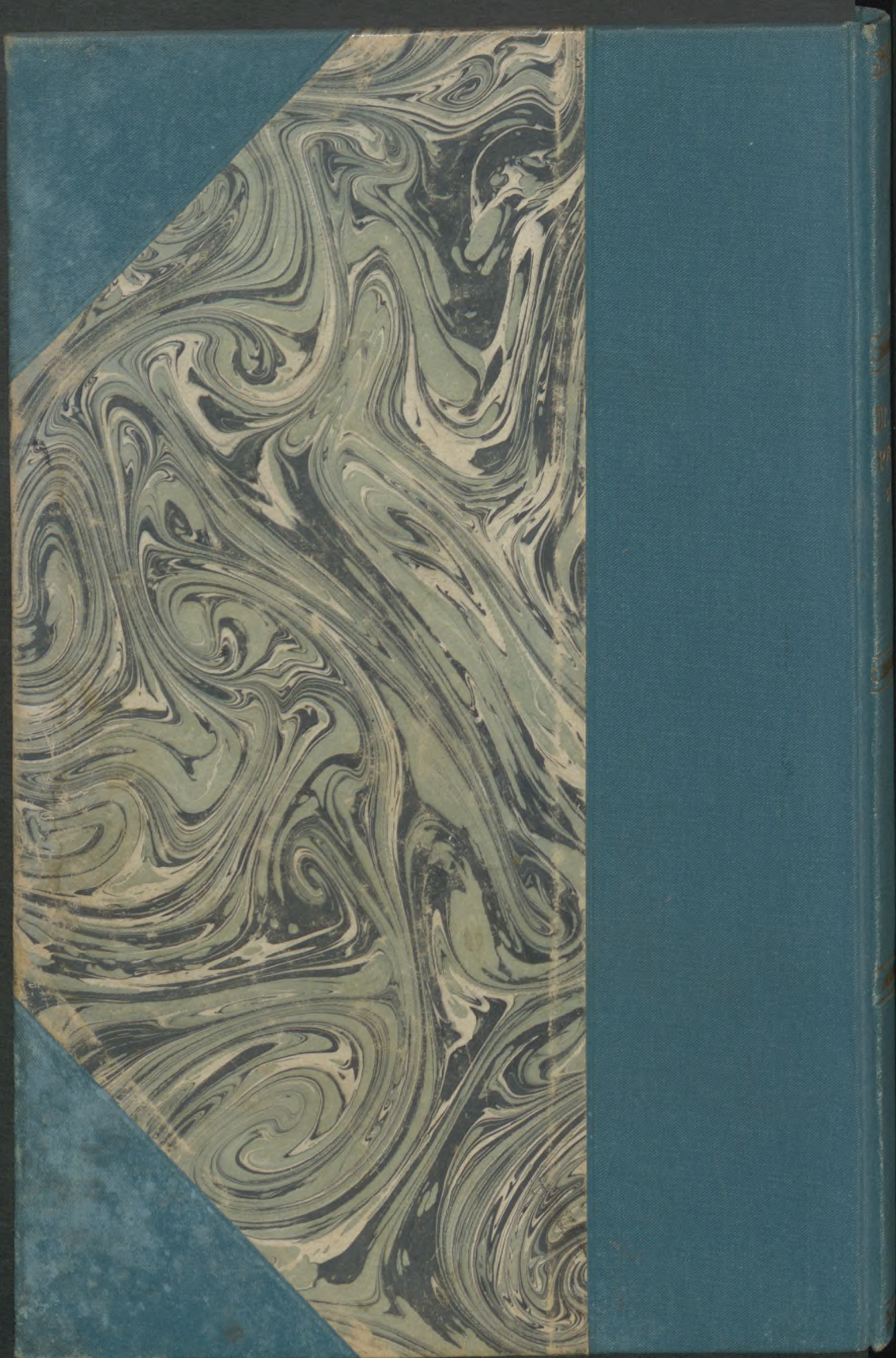
















Dr. Miller's  
Pfarrerwahl

Dr. Miller's  
Pfarrerwahl

Dr. Miller's  
Pfarrerwahl

Dr. Miller's  
Pfarrerwahl